



## Eröffnung der Stadtratssitzung

**Stadtratspräsident Christoph Kuert** eröffnet die 6. Sitzung des Langenthaler Stadtrates 2010 und begrüsst die Anwesenden, insbesondere die geschätzten Gäste, die Pressevertretenden und das neue Mitglied im Stadtrat, Frau Lurata Reçi-Dauti der Sozialdemokratischen Partei (SP), welche den Platz für die per 31. August 2010 aus dem Stadtrat ausgetretene Frau Nadine Masshardt übernommen habe.

Unter den Besuchern begrüsse er auch drei Maturanden (Herren Cyrill Bieri, Dario Caliandro, Ciril Härti) aus dem Kanton Aargau, welche ihre Maturaarbeit über das politische Geschehen im Stadtrat Langenthal verfassen. An einige Stadträte seien dazu Fragebogen verschickt worden. Um sich aber selber ein Bild über die Tätigkeit des Stadtrates Langenthal machen zu können, habe er die drei Herren zur heutigen Sitzung eingeladen. Die drei Herren wären froh, wenn sie am Schluss der Sitzung noch einige Stadträtinnen und Stadträte zu ihrem Thema interviewen dürften.

In der Stadt Langenthal tue sich momentan viel: Vor allen Dingen auf die Bundesratswahlen vom Mittwoch, 22. September 2010 dürfe man gespannt sein. Er drücke dem Langenthaler Bundesratskandidaten, Herrn Johann Niklaus Schneider-Ammann, die Daumen und empfehle allen Anwesenden den Donnerstag, 30. September 2010 in ihren Agenden anzustreichen, weil es an diesem Tag in Langenthal ein grosses Fest geben könnte.

Ein bedeutender Anlass habe am Freitag, 10. September 2010, mit der Einweihung der neu gebauten Heilpädagogischen Schule (HPS) stattgefunden. Dieser Anlass habe mit viel Prominenz gefeiert werden können. Die neue Schule sei ein Bijou für Langenthal und beeindrucke mit ihrer lichtdurchfluteten Architektur. 10 Jahre seien in die Planung, in die Finanzierung und in den Bau investiert worden. An der Finanzierung hätten sich auch viele private Gönner beteiligt, welchen an dieser Stelle herzlich gedankt werde. Besonders erwähnenswert in diesem Zusammenhang sei Stadträtin Beatrice Greber, welche als Stiftungsratspräsidentin jahrelang mit vollem Einsatz dabei gewesen sei. Auch Stadtrat Markus Gfeller habe ehrenamtlich Zeit und Know How als Treuhänder zur Verfügung gestellt, um die Finanzen im Griff zu halten.

Er erteilt der Protokollführerin das Wort zur Vornahme des Appells:

- **37** Stadträtinnen und Stadträte sind anwesend.
- **7** Mitglieder des Gemeinderats sind anwesend.

---

Protokollauszug an

- Gemeinderat
-



## 1. Amt für Bildung, Kultur und Sport; Schaffung der organisationsrechtlichen Grundlagen, Bewilligung der personellen Ressourcen und der Finanzierung

### I Eintretensfrage:

Eintreten ist unbestritten und schweigend genehmigt.

### II Detailberatung:

**Stadtratspräsident Christoph Kuert** legt den Gang der Beratung fest:

- II Detailberatung:
- A Berichterstattung des Gemeinderates und vorberatender Kommissionen:
    - Stadtpräsident Thomas Rufener zum Teil I (Schaffung Bildungsamt)
    - Gemeinderat Reto Müller zum Teil II (Bewilligung Stelle Jugendbeauftragte/r)
    - Gemeinderätin Paula Schaub-Holt zum Teil III (Bewilligung Stelle Sportkoordinator/in)
    - Stellungnahme der Geschäftsprüfungskommission und anderer vorberatender Kommissionen
  - B Allgemeine Beratung/Stellungnahmen (Fraktionen, Einzelsprechende)
- Beratung Erlasse:
- C Reglement über die Organisation der Stadtverwaltung
  - D Reglement über das Schulwesen der Stadt Langenthal
  - E Reglement über die Kindertagesbetreuung in der Stadt Langenthal
  - F Kultur- und Bibliotheksreglement der Stadt Langenthal
  - G Reglement für die Theaterkommission
  - H Stellungnahmen des Gemeinderats zu Anträgen
  - I Wortmeldungen Fraktions- und Einzelsprechender
  - J Abstimmung über Anträge
- III Schlussabstimmung über:
- Teil I (Schaffung Bildungsamt)
  - Teil II (Bewilligung Stelle Jugendbeauftragte/r)
  - Teil III (Bewilligung Stelle Sportkoordinator/in)

### A Berichterstattung des Gemeinderates und vorberatender Kommissionen

**Stadtpräsident Thomas Rufener:** Das Traktandum Nr. 1 der heutigen Sitzung stelle ein Schlüsselgeschäft dar. Im Sinne einer Vorbemerkung weise er darauf hin, sich als Stadtpräsident zu den allgemeinen Punkten des Geschäftes zu äussern. Im Anschluss an seine Äusserungen werde sich Gemeinderat Reto Müller, als Ressortvorsteher Sozialwesen und Altersfragen sowie Gemeinderätin Paula Schaub-Holt, als Ressortvorsteherin Kultur und Sport zu Wort melden.

Zitat aus den aktuellen Richtlinien der Regierungstätigkeit 2009 - 2012, Nachhaltigkeitsdimension "Gesellschaft"; Zielbereich "7. Bildung": *"Bildung ist eine der wichtigsten Grundlagen der Zukunft, denn sie ist ein wesentlicher Faktor für die Weiterentwicklung einer Gesellschaft. Sie ermöglicht zudem qualifizierte Arbeitsleistung und weist damit einen direkten Zusammenhang zur wirtschaftlichen Prosperität einer Gesellschaft auf. Bildung ist schliesslich die Voraussetzung für das Verständnis der Wechselwirkungen zwischen sozialen, wirtschaftlichen, politischen, kulturellen und ökologischen Aspekten."*

...



*Zur Optimierung des Volksschulwesens, gemäss den kantonalen Entwicklungsvorgaben, und zur Bewältigung der administrativen Schnittstellenaufgaben zwischen der Schulorganisation und den politischen und Verwaltungsstrukturen will der Gemeinderat die politische Vorgabe der Schaffung eines städtischen **Bildungsamtes** zügig umsetzen.*" Daran lasse sich erkennen, dass das heutige Traktandum Nr. 1 im Gemeinderat bereits bei der Erstellung der Regierungsrichtlinien im Fokus gestanden habe.

Am 18. August 2008 habe der Stadtrat die Motion Steiner Daniel (EVP) und Mitunterzeichnende vom 19. Mai 2008 erheblich erklärt und den Gemeinderat damit beauftragt, eine Vorlage zur Schaffung eines Amtes für Bildung innerhalb der Stadtverwaltung zu erarbeiten. Der Motionstext habe zudem verlangt, dass für die Erweiterung der Zuständigkeit des neuen Amtes nebst den Themen Schulen auch Aufgaben betreffend die Themen Jugend, Prävention, etc. zu untersuchen seien. In diesem Zusammenhang sei auch der Prüfungsauftrag entsprechend dem am 20. Oktober 2008 erheblich erklärten Postulat (umgewandelte Motion) Greber Beatrice (SP) und Mitunterzeichnende vom 30. Juni 2008 betreffend die Schaffung und die organisatorische Eingliederung der Stelle einer bzw. eines Jugendbeauftragten erfolgt. Die Vorgaben für die Vorbereitung des Geschäftes seien somit klar aufgezeigt.

Die Motivation zur Einführung eines Bildungsamtes sei wahrscheinlich bereits bei der Erschaffung der 50%-Stelle der/des Bildungsbeauftragten erkennbar gewesen. Bereits damals sei das Defizit der verwaltungsseitigen Organisationsstruktur bei Bildungsfragen erkannt und in den Fokus gestellt worden. Es sei bekannt, dass in der letzten Zeit verschiedene grosse Projekte im Bereich der Bildung aktuell geworden seien, die eine starke Mitwirkung und Mitarbeit von Seiten der Stadt abverlange (Beispiele: Schaffung von Tagesstrukturen; Umsetzung von kantonalen Vorgaben in der Schulinformatik "ICT4kids"; Schulraumplanung). Zudem sei seit längerer Zeit in der Organisation der Stadtverwaltung die Frage offen, warum ein so - für die jungen Generationen - bedeutender Faktor wie die Umsetzung des Bildungsauftrages, keine adäquate Amtsstruktur aufweise.

Die Vorbereitung des heute vorliegenden Antrages sei in verschiedenen Teilprojekten an die Hand genommen worden. In einer ersten Phase des Projektteils habe sich die Volksschulkommission, die Ressortvorsteherin Bildung und Jugend (Gemeinderätin Laura Baumgartner-Angelini) und der damalige Bildungsbeauftragte (Fachbereichsleiter Thomas von Burg) zusammen mit den Schulleitungen und unter externer Begleitung einer Fachexpertin der pädagogischen Hochschule Bern mit expliziten Fragen über die Schulorganisation befasst. Am 3. Dezember 2009 habe die Volksschulkommission einen Vorschlag zur Organisation der Volksschule zu Händen weiterer Projektteile verabschiedet, welche in der schriftlichen Dokumentation zum Geschäft umfassend beschrieben seien.

In einer zweiten Phase sei es darum gegangen, allfällige andere Aufgabenbereiche zu prüfen, welche sinnvollerweise diesem neuen Amt zugeordnet werden könnten und sollten. Obwohl im Zentrum nach wie vor der Bereich Bildung stehe, erscheine es unbestritten - in Anlehnung an das Postulat Greber Beatrice - den Bereich Jugend diesem Bildungsamt anzugliedern. Da die Jugend viele Affinitäten zum Sport sowie die Kultur zur Bildung habe, sei die Überzeugung gereift, dass das neue Amt sich künftig zentral mit Bildungsfragen zu befassen habe, zusätzlich aber auch die Themen Jugend, Sport und Kultur abdecken soll.

Der Gemeinderat habe sich in der Schlussphase mit zwei Varianten auseinandergesetzt. Die eine Variante habe aus einem Amt für Bildung, Jugend und Sport bestanden. Die andere Variante habe aus einem Amt für Bildung, Jugend, Sport inklusive Kultur bestanden. Am 7. Juli 2010 habe der Gemeinderat die Variante "Amt für Bildung, Kultur und Sport" favorisiert und schlage diese dem Stadtrat heute vor.



Mit diesem Antrag wolle der Gemeinderat

- dem Thema Bildung entsprechend den Richtlinien der Regierungstätigkeit 2009 - 2012 die adäquate Bedeutung zumessen und eine Organisationsstruktur schaffen, die eine Umsetzung der strategisch-politischen Zielsetzungen der Stadt - unter Berücksichtigung der Volksschulgesetzgebung - optimal gewährleiste. Die Zuständigkeiten und die Verantwortung für die operativ betrieblichen und pädagogischen Belange bei den jeweiligen Schuleinheiten bleibe nach wie vor bei den Schulleitungen.
- innerhalb der Organisation der Stadtverwaltung neu erreichen, dass jede/r Ressortvorsteher/in für die Umsetzung politischer Aufgaben direkt mit einer/einem Amtsvorstehenden in Verbindung stehe und kommunizieren könne. In der heutigen Situation sei dies bekanntlich für die politischen Belange explizit für das Ressort Bildung einerseits und für das Ressort Kultur und Sport andererseits, nicht der Fall. Die beiden Ämter seien dem Präsidialamt nur administrativ angegliedert.
- vorschlagen, verschiedene bereits bestehende Stellen neu zu organisieren und dem neu zu bildenden Amt für Bildung, Kultur und Sport zuzuordnen. Das betreffe die Fachbereichsleitung Bildung (50%), die Fachbereichsleitung Kultur (50%), die Sachbearbeitung Sportanlagen (60%) und die Administration im Rahmen von rund 40%. Zudem seien die Bereiche "Regionalbibliothek" und "Stadttheater" betroffen.
- für eine verstärkte koordinierte Wahrnehmung und aktive Bearbeitung von Fragen zu Jugendthemen eine/n Jugendbeauftragten auf Stufe Fachbereichsleitung einsetzen. Gemeinderat Reto Müller werde sich dazu im Anschluss äussern.
- die Einsetzung einer/eines Sportkoordinator/in. Langenthal habe bekanntlich sehr gute Sportanlagen. Die Disposition dieser Anlage werde durch die Sachbearbeitung Sportanlagen sehr gut erledigt, was aber fehle, sei eine entsprechende Koordinationsfunktion. Gemeinderätin Paula Schaub-Holt werde dazu im Anschluss Stellung nehmen.

Die Einführung des neuen Amtes erfordere neue personelle Ressourcen, die heute vom Stadtrat zu bewilligen seien. Es gehe um die Amtsleitung (im Rahmen von 100%), um die Administration im Amt (im Rahmen von 60%), um eine/n Jugendbeauftragte/n (im Rahmen von 50%) und um eine/n Koordinator/in Sport (im Rahmen von 40%). Insgesamt ergebe dies eine Summe von 250 Stellenprozenten.

Von Seiten der Volksschul-, der Kultur-, der Sozial- und der Sportkommission seien zustimmende Rückmeldungen zum Antrag zu vermerken. Die Finanzkommission habe differenziert beantragt, die personellen Ressourcen für die Bereiche Jugend und Sport vorerst zurückzustellen bzw. in das laufende Projekt der "Verwaltungsreform" aufzunehmen. Aus diesem Grund sowie im Wissen und aus der Überzeugung, dass die vorgeschlagene Amtsstruktur im Grundsatz klar befürwortet werde und, um für das Verfahren einer stadträtlichen Beschlussfassung eine gute Ausgangslage zu schaffen, habe sich der Gemeinderat dazu entschieden, den Antrag in einen Teil I als Hauptantrag (Schaffung des Amtes; 100% Amtsleitung; 60% administrative Belange; Kredit jährlich Fr. 205'000.00) zu fassen. Falls der Antrag I Zustimmung erfahre, unterbreite der Gemeinderat dem Stadtrat zwei Zusatzanträge: Teil II (Bewilligung einer 50%-Stelle für eine/n Jugendbeauftragte/n; Kredit jährlich Fr. 65'000.00) und Teil III (Bewilligung einer 40%-Stelle für eine/n Sportkoordinator/in, Kredit jährlich Fr. 52'000.00).

Die Stadt Langenthal habe heute die Chance ihre Positionierung zur Umsetzung eines optimalen Bildungsauftrages klar zu stärken. Zudem bestehe eine zweite Chance darin, den bildungsnahen Bereichen Jugend, Sport und Kultur ebenfalls künftig gestärkt zu begegnen. In diesem Sinne bitte er den Stadtrat im Namen des Gemeinderates um Zustimmung zu den vorliegenden Anträgen.

**Gemeinderat Reto Müller:** Die Jugendthematik sei sowohl in seinem Ressort (Sozialwesen und Altersfragen) als vor Allem auch im Ressort (Bildung und Jugend) von Gemeinderätin Laura Baumgartner-Angelini angesiedelt. Während der vorbereiteten Folien-Präsentation trete er unter Anderem auf gewisse im Raum stehende Fragen - wie beispielsweise ob die Schaffung einer Stelle für ein/e Jugendbeauftragte/r in einer Stadt ein "must have" oder ein "nice to have" sei - ein.





# Stadtrat

Protokoll der 6. Sitzung vom Montag, 20. September 2010

stadtlangenthal

**Stadt Biel:  
Jugend & Freizeit**  
in der Bildungs-, Sozial- und Kulturdirektion.

Jugend + Freizeit ist der Bereich für die offene Kinder- und Jugendarbeit der Stadt Biel. Er ist verantwortlich für alle städtischen Freizeitaktivitäten und Angebote und organisiert, koordiniert und unterstützt Anlässe und Projekte der soziokulturellen Animation für Kinder und Jugendliche aus Biel und der Region.

stadtlangenthal

**Stadt Burgdorf:  
Die Abteilung Jugend**  
in der Bildungsdirektion.

**Aufgaben:**  
Die Abteilung Jugend ist eine Anlauf- und Auskunftsstelle in allen Jugendfragen. Es ist eine allgemeine Drehscheibe zwischen Jugend, Verwaltung, Politik und Bevölkerung. Die verschiedenen Angebote im Bereich „Jugend“ werden vernetzt, das Klima für und mit Jugendlichen verbessert und die Partizipation der Jugendlichen auf allen Ebenen gefördert. Das 2007 neu überarbeitete Jugendleitbild dient als Arbeitsinstrument für die künftige Jugendpolitik und die darin vorgeschlagenen Massnahmen sollen Schritt für Schritt umgesetzt werden.  
Als Anlauf- und Auskunftsstelle steht die Abteilung Jugend allen – Jungen und Alten, Verwaltung und Behörde, Stadt und Region, In- und Ausland – zur Verfügung. Die Jugendlichen erhalten bei eigenen Ideen und Projekten Unterstützung und werden auf ihre, auch politischen, Möglichkeiten aufmerksam gemacht. Zudem sollen die verschiedenen Institutionen und Trägerschaften, welche sich für die Jugend engagieren, vernetzt und eine städtische, regionale sowie kantonale Zusammenarbeit gefördert werden. Weiter ist es Aufgabe der Abteilung Jugend, sich für ein erweitertes Jugend-Angebot innerhalb der Stadt einzusetzen; sei es betreffend Lokalitäten, Jugendarbeit oder kulturellen Veranstaltungen.

stadtlangenthal

**Kinder und Jugendliche**

**0-18**

Willkommen im Bereich 0-18 der Familienstadt Biel  
Die Rubrik 0-18 informiert Kinder, Jugendliche und deren Eltern - dem Alter des Kindes entsprechend - über die besten Freizeitangebote.

Ob Gross oder Klein, die vielseitigen Freizeitangebote der Stadt Biel richten sich an Kinder und Jugendliche aller Altersklassen. Geordnet nach dem Alter der Kinder bzw. Jugendlichen oder nach Quartieren finden sich auf unseren Seiten Informationen zu den einzelnen Angeboten.

- 0-4: Unterstützung für die ersten Schritte in die Welt
- 5-12: Schule - aber nicht nur
- 13-18: Begleitung auf dem Weg zum Erwachsensein
- Angebote nach Quartieren
- Spielplätze

Links zu weiteren Freizeitangeboten und Infos für Kinder und Jugendliche gibt es hier.  
Informationen zu den Themen Bildung und Beratung gibt es hier.  
Die Sportangebote und die Links zu den einzelnen Sportclubs finden sich hier.

Adresse  
Jugend + Freizeit  
Eisengasse 6  
2502 Biel  
T: 032 326 14 53  
Fr: 032 326 14 95  
jugend.freizeit@biel-bienne.ch

Detaillierte Adresse zur Karte

stadtlangenthal

**Weiterführende Informationen**

**Wichtige Adresse:**  
Büro für offene Jugendarbeit der ev.-ref. Kirchgemeinde Burgdorf  
Kirchgemeindehaus Lysachenstrasse 2, 3400 Burgdorf  
Telefon 034 426 21 20, jugendarbeit@burgdorf.ch

**Jugendleitbild** der Stadt Burgdorf, 2007. Bestellung bei der Abteilung Jugend möglich. Vermietbare Räume. Anfrage bei der Abteilung Jugend.

**Externe Links:**

- Offene Jugendarbeit Burgdorf und Umgebung
- Stiftung Burgdorfer Ferienpass
- Dr. fahrend Schuljubiläum: Ein mobiles, offenes Kinderangebot
- Spielmaterialverleih
- Ludothek Burgdorf
- Courses
- Jugendleitbild
- Kulturschopf

**Ihre Ansprechpartner**

**Staub, Andrea**  
Funktion: Jugendbeauftragte  
E-Mail: andrea.staub@burgdorf.ch  
Tel: 034 429 92 89

Konkret gehe es darum heute eine Stelle zu schaffen, die sich administrativ und inhaltlich um die so genannten "freiwilligen" Kinder- und Jugendanliegen kümmert, welche vom Kanton als ASIV-Aufgaben verstanden werden und die mittels Verträgen auch an Dritte zur Ausführung übertragen werden können. Beispielsweise könnte die Koordination und Organisation mit ToKJO, dem Tageselternverein Region Langenthal (TRL), der Kinderkrippe, der Kindertagesstätte Windrose über diese Stelle stattfinden. Anzunehmen sei auch, dass die Koordination des Schülertagesstättenangebots von leolea über diese Stelle organisiert würde. Wie genau diese Tätigkeiten innerhalb des Bildungsamtes aufgeschlüsselt werden können, (welche Stelle, mit welchen Ressourcen die Arbeiten aufnehmen) hänge davon ab, welche Ressourcen am heutigen Abend vom Stadtrat bewilligt werden.

Aus Sicht des Gemeinderats sei es absolut sinnvoll die Aufgaben in den Bereichen Betreuung und Coaching der ausführenden Dritten, wie auch das stetige Controlling in diesen Bereichen, mit dieser Stelle zu bündeln um Synergien zu schaffen. Die Angebote würden sich heute teilweise im Sozialamt befinden. Diese seien beim Bildungsamt aber effektiv viel näher am entsprechenden Bedürfnis, weil im Sozialamt - wenn es um Kinder- oder Jugendschutz gehe - die Massnahmen nicht mehr freiwillig seien.

Natürlich liege - nebst dem bereits Erwähnten - in der Stelle der/des Jugendbeauftragten grosses Potenzial. Kinder und Jugendliche erhalten in Langenthal eine Anlaufstelle für ihre Anliegen innerhalb der Verwaltung. Eine Koordination - auch mit den Anforderungen, die der Kanton laufend an die Leistungserbringenden der Stadt stelle - könnte stattfinden. Die von der Stadt gewünschte Prävention könnte durch die Stelle eingebracht werden. Auch eventuell "neue" politische Anliegen (wie beispielsweise ein Kinderparlament, Schuljugendarbeit, Elternrat, Schulsozialarbeit, Timeoutklassen etc.) könnten effektiv in die Diskussion eingebracht und gemäss dem politischen Willen umgesetzt werden.



# Stadtrat

Protokoll der 6. Sitzung vom Montag, 20. September 2010

Die zu bewilligende Stelle koordiniere, vernetze und organisiere alle Organisationen und Anliegen im Bereich der heute bereits bestehenden Jugendfragen. Genauso werde dies in anderen bernischen Städten bereits gemacht. Das neue Amt für Bildung, Kultur und Sport brauche Ressourcen für eine/n Jugendbeauftragten.

Die Antwort auf die Frage, ob die Stelle nicht durch ToKJO ersetzt oder in ToKJO geschaffen werden könnte, laute NEIN!



Quelle: [www.toonpool.com](http://www.toonpool.com) / halbe Sachen

stadtlangenthal



Quelle: Langenthaler Tagblatt, Freitag, 10. September 2010

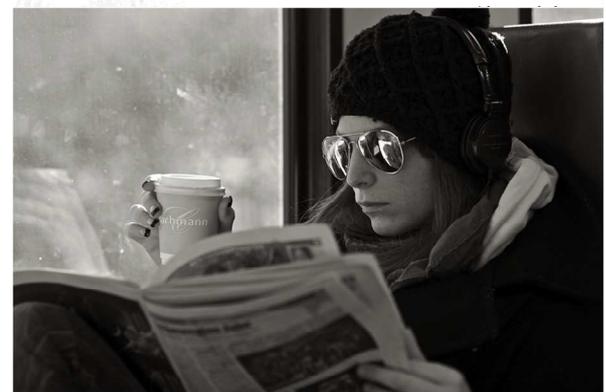
Der Gemeinderat sowie das Sozialamt sei stolz darauf, was der Trägerverein für offene Kinder- und Jugendarbeit in Langenthal und in der Region erreicht habe. Stolz sei man auch auf das aufkommende und sich ständig erweiternde Selbstverständnis innerhalb der Region.

An dieser Stelle danke und gratuliere er den Verantwortlichen innerhalb der Stadtverwaltung, der heute abwesenden Stadträtin und Präsidentin des Trägervereins Florinda Walkamm-Mauricio und dem Stellenleiter von ToKJO, Herrn Tom Bertschinger, bestens für den riesigen Erfolg mit ToKJO.

ToKJO sei aber - wie in anderen Städten auch - nur einer von mehreren Playern innerhalb eines in der Kinder- und Jugendarbeit tätigen Bereiches. Langenthal brauche die Stelle innerhalb der Verwaltung für das Verfassen von Berichten und Anträgen im Themenfeld der Jugend, für die Organisation und die Koordination, womit sie eher auf der papierernen als auf der ausführenden Ebene tätig sei. Die ausführende Ebene, welche aufsuchende Jugend- und Kinderarbeit betreibe, liege in der grossen Kompetenz von ToKJO. Die im Stellenbeschrieb für eine/n Jugendbeauftragte/n aufgeführten Anforderungen entsprechen den Kernkompetenzen von ToKJO aber nicht.

### Konsequenzen bei Ablehnung der Vorlage:

Wenn die Aufgaben im Jugendbereich - die bisher meistens vom Sozialamt oder dem Fachbereich Bildung separiert, oder von Arbeitsgruppen wie beispielsweise BELLangenthal und dadurch gehäuft mit Schnittstellen wahrgenommen worden seien - einheitlich und ordentlich in das Amt für Bildung, Kultur und Sport überführt würden, ohne die notwendigen Ressourcen zur Erledigung der Aufgaben zu sprechen, würde damit das Zeichen ausgesandt, dass sich innerhalb der Stadtverwaltung niemand um die Anliegen der Jugend kümmere.

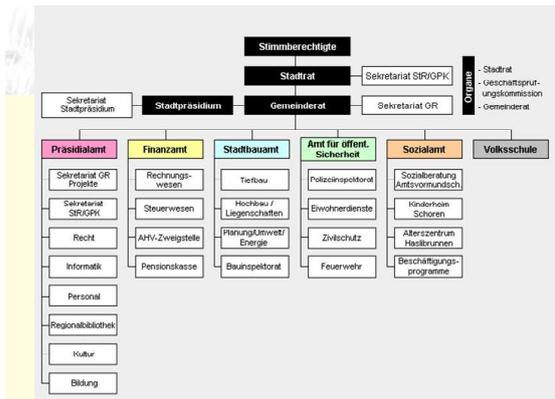


Quelle: [www.fotocommunity.de](http://www.fotocommunity.de) Stichworte: laute Jugend



# Stadtrat

Protokoll der 6. Sitzung vom Montag, 20. September 2010



Quelle: [www.langenthal.ch/de/verwaltung/uebersichtverwaltung/](http://www.langenthal.ch/de/verwaltung/uebersichtverwaltung/)

Die Jugend habe innerhalb der Stadtverwaltung keine direkte Ansprechperson, was auch aus der Homepage bzw. dem Organigramm hervorgehe.

Während es auf den Homepages anderer Städte mit wenigen Mausklicken möglich sei, die für die Jugend zuständige Stelle zu finden, werde man auf der Langenthaler Homepage nicht fündig, da weder das Thema Kinder noch Jugend darin vorkomme.

Dieser Mangel müsse behoben werden, dafür werde die Stelle einer/eines Jugendbeauftragten gebraucht.

Eine weitere Konsequenz der Ablehnung wäre, dass der Start eines Bildungsamtes erschwert würde, da die Aufgaben zwar zugeordnet - die notwendigen Ressourcen dafür aber nicht geschaffen wären.

Jetzt und heute sei es machbar, wogegen eine Verschiebung in eine Verwaltungsreorganisation aus den genannten Gründen keinen Sinn mache, weil eine erneute Überprüfung der Frage, ob es die Stelle brauche oder nicht, nur zu Tage fördern würde, dass es sie brauche.

Das Poster für das 'MACH!BAR KICK-OFF EVENT' am Samstag, 18. September, ist ein buntes und dynamisches Plakat. Es enthält folgende Informationen:

- Titel:** MACH!BAR KICK-OFF EVENT SAMSTAG 18. SEPTEMBER
- Ort:** jugend kultur haus (neon)
- Zeitschema:**
  - 10-11 / 11.15-12.15 UHR: YOGA
  - 10-12 UHR: DJ-WORKSHOP
  - 14-16 UHR: HIP-HOP TANZKURS
  - 18 UHR: PREISVERLEIHUNG FOTOWETTBEWERB
- Interaktion:** ANSCHLIESSEND MITTAGSPAUSE MIT LUNCH, ANSCHLIESSEND SAFTBAR UND AUSSTELLUNG 'IDEEN UND MEINUNGEN', ANSCHLIESSEND GRANDE FINALE
- Zusätzliche Aktivitäten:** OPEN HOUSE (10-19 UHR), KEINE ANMELDUNG NOTIG
- Zielgruppe:** FÜR ALLE OBERSTUFENSCHÜLER / INNEN
- Infos:** MEHR INFOS AUF WWW.TOKJO.CH
- Spendenkarte:** GUTSCHEIN FÜR EPHEN COCKTAIL, ZUM WÄHLISCHEN PRESS AN DER SAFTBAR

Das Logo 'stadtlangenthal' ist oben rechts zu sehen. Unten steht: 'Danke für Ihre Aufmerksamkeit.' und 'Tokjo'.

**Gemeinderätin Paula Schaub-Holt:** Die Stadt Langenthal dürfe sich wegen der zahlreichen Sportvereine glücklich schätzen. Die von der Homepage herunterladbare Vereinsliste ergebe ein ansehnliches Dokument. Zirka ein Drittel davon seien Sportvereine. Viele hunderte Bürgerinnen und Bürger seien in Sportvereinen organisiert. Langenthal dürfe auch stolz auf einen umfangreichen freiwilligen Schulsport, auf bestens ausgebaute Sportanlagen und auf viele Individualsportlerinnen und -sportler sein, ohne den kommerziell organisierten Sport speziell zu erwähnen.

Den Sport dem Bildungsamt zuzuordnen, bringe folgende Vorteile:

- Vorweg und aus der Praxis heraus würden sich ganz bestimmte Synergien in Bezug auf die Belegungen ergeben. Heute sei die Belegung problematisch, was allen bekannt sei, die selber in einem Sportverein tätig seien, weil es zwischen den Schulen, den Hauswarten, dem freiwilligen Schulsport und Vereinen oftmals Friktionen gebe. Die neue Lösung verspreche eine wesentliche Vereinfachung.
- Auch spezifische Themen wie das Projekt "Talent" (Förderung talentierter Schülerinnen und Schüler im sportlichen und musischen Bereich) würden wesentlich davon profitieren, wenn die Bereiche Schule, Sport und Kultur verwaltungsintern enger zusammenarbeiten könnten. Sowohl Kultur- als auch Sportvereine wären dem gleichen Amt zugeordnet. Heute sei die Kultur dem Präsidialamt und der Sport dem Stadtbauamt zugeordnet. Eine Bündelung im Bildungs-, Kultur- und Sportamt mache aus Sicht der Verwaltung, aus Sicht der zuständigen Ressorts und insbesondere aus Sicht der Vereine Sinn.
- Aktuell gebe es in der Stadt Langenthal eine Fachstelle Sport, wogegen die Kultur in einem Fachbereich organisiert sei. Es sei an der Zeit, diese Bereiche auf einen gleichen Level zu stellen.



## Stadtrat

Protokoll der 6. Sitzung vom Montag, 20. September 2010

- Sportkoordination sei ein Schlüsselbegriff im Bereich Sport. Genauso wie es im Sport eine Koordination der Bewegungsabläufe brauche, brauche es eine Koordination der Verwaltungsabläufe um Leerläufe zu vermeiden. Genauso wie im Sport eine Teamkoordination mit Betreuern, Trainern und dem Vorstand wichtig sei, sei das Zusammenspiel in der Verwaltung zwischen den Behörden, den Vereinen, dem Kanton und dem Bundesamt für Sport (BASPO) wichtig. Genauso wie im Sport die Koordination von Rahmenbedingungen unabdingbar sei, sei für die Verwaltung die Koordination und die Übersicht über Projekte und Investitionen, über die Bewirtschaftung von Sportanlagen und deren Finanzen unabdingbar.

Ein/e Sportkoordinator/in

- vernetze die Zusammenarbeit von im Bewegungs- und Sportbereich tätigen Partnern
- unterstütze Träger von nicht kommerziellen Sportangeboten
- helfe Schulen im Bereich Sport
- administrierte Sport- und Bewegungsangebote in der Gemeinde (beispielsweise I + S, Infrastrukturanlässe, etc.)
- koordiniere im Auftrag der Gemeinde Anlässe
- optimiere die Anlageauslastung
- erhalte und/oder schaffe Bewegungsangebote
- koordiniere die Belegung der Sportanlagen
- sei für die Kommunikation, die Bewegungsförderung, die Prävention und die Öffentlichkeitsarbeit verantwortlich
- sei eine wichtige Drehscheibe und ein/e Imagerträger/in gegen aussen.

Ein/e Sportkoordinator/in würde heute beispielsweise

- im Bewegungs- und Sportstättenkonzept mitarbeiten
- in die Schulraumplanung - was Bewegung betreffe - delegiert werden können
- bei der Präsidentenkonferenz der Sportvereine mithelfen.

Da es nicht weiterhin so sein dürfe minimal zu verwalten, sondern den Bereich zu gestalten, müsste das Motto nun klar sein. All die Vereinsverantwortlichen der Langenthaler Sportvereine, die meistens in unbezahlter Freiwilligenarbeit viele Stunden aufwenden um Kinder, Jugendliche und Erwachsene zu fördern, zu bewegen und zu motivieren, sollten heute ein klares Zeichen von der Stadt erhalten, dass die Bereitschaft bestehe, auf der Verwaltungsebene dem Sport die Bedeutung zukommen zu lassen, die ihm angesichts der gesellschaftlichen Relevanz schon längstens zustehe.

Die Zustimmungen der vorberatenden Kommissionen - ausgenommen die Zustimmung der Finanzkommission - würden vorliegen. Die Finanzkommission habe den Vorbehalt angebracht, die beiden Bereiche Jugend und Sport bis zur Verwaltungsreform zurückzustellen. Ihr persönlich sei nicht klar, weshalb abgewartet werden soll. Der Bedarf nach mehr Stellenprozenten im Sportbereich sei heute ausgewiesen. Der Bedarf werde morgen noch anwachsen, was anhand von ein paar Stichworten wie: BMI (Body Mass-Index); Fettleibigkeit von Schülerinnen und Schülern und der ganzen heranwachsenden Generation belegbar sei. Wichtig sei auch der Hinweis auf die Tagesschulen. Auch dort werde Bewegung einen wichtigen Bereich abdecken müssen oder dürfen.

Die Vorteile der Zuordnung des Fachbereichs Sport in das Bildungsamt würden schon heute auf dem Tisch liegen. Auch eine Verwaltungsreform würde zu keiner anderen Beiordnung führen. Aus diesem Grund bitte sie dem vorliegenden Beschluss heute mit Überzeugung zuzustimmen.



**Helena Morgenthaler, GPK-Präsidentin:** Die Ausführungen der drei Gemeinderatsmitglieder seien sehr informativ. In der Laufbahn eines Stadt- oder Gemeinderates komme es selten bis nie vor, bei der Bildung eines neuen Amtes mithelfen, mitorganisieren, mitgestalten zu können. Den Parlamentarierinnen und Parlamentariern eröffne sich diese Möglichkeit am heutigen Abend.

Im Namen der Geschäftsprüfungskommission erlaube sie sich folgende positive Feststellungen zur Vorlage anzubringen:

Nach gründlicher Überprüfung der Sachlage habe der Gemeinderat das Projekt weitergezogen, als dies ursprünglich vom Motionär im Kern verlangt worden sei, indem die ohnehin bestehenden Stellen gemäss der Vorlage nun organisatorisch und übersichtlichen am richtigen Ort platziert seien. Der Gemeinderat wolle der Bildung, der Jugendarbeit und dem Sport mehr Gewicht geben, was nach Ansicht der Geschäftsprüfungskommission sehr positiv sei.

Auf Anregung der Finanzkommission, den Ausbau der personellen Ressourcen in den Bereichen Jugend und Sport zurückzustellen, habe der Gemeinderat den Antrag dreigeteilt, womit das Geschäft - vorausgesetzt, dass der Beschlusspunkt I akzeptiert werde - variabel annehmbar sei. Die Geschäftsprüfungskommission beurteile dieses Vorgehen als sehr geschickt und danke allen an der grossen Vorarbeit beteiligten Stellen für ihr Engagement. Die Geschäftsprüfungskommission bestätige die formelle Richtigkeit der Vorlage.

## **B Allgemeine Beratung/Stellungnahmen (Fraktionen, Einzelsprechende)**

**Michèle Rentsch-Ryf, EVP/glp-Fraktion:** Nach zweijähriger Vorgeschichte befasse sich das Parlament heute mit dem Amt für Bildung, Kultur und Sport. In der EVP/glp-Fraktion habe man sich die Frage gestellt, ob es sich dabei um einen grossen historischen Wurf handle. Die Beantwortung dieser Frage sei aber noch offen. Die EVP/glp-Fraktion sei sich jedoch sicher, dass es mindestens ein notwendiger Wurf sei. Die EVP/glp-Fraktion sei beispielsweise aus folgenden Gründen von der Vorlage überzeugt:

- Mit der Schaffung des Amtes für Bildung, Kultur und Sport würde der Bildung der Stellenwert eingeräumt, den sie effektiv habe und der von der heutigen Gesellschaft auch gebraucht werde.
- Durch das neue Amt entstünde eine gute und starke Schnittstelle zwischen Schule und Verwaltung. In den Augen der EVP/glp-Fraktion sei dies wichtig, weil so Synergien zwischen beiden Institutionen besser genutzt werden könnten.
- In Zukunft werden viele Herausforderungen auf die Schule zukommen. Mit dem Amt für Bildung, Kultur und Sport würden diese effizienter und breiter abgestützt angegangen werden können.
- Die Schulleiter würden in gewissen Bereichen entlastet, so dass sie sich effektiv auf die operative und pädagogische Führung der Schule konzentrieren könnten.
- Mit der Schaffung des Amtes kämen die Bereiche Schule, Kinderbetreuung und die Jugend unter das gleiche Dach, womit auch in Bezug auf diese Themen Synergien genutzt und Kommunikationswege vereinfacht werden könnten.
- Die Bereiche Kultur und Sport würden damit aufgewertet, was nach Ansicht der EVP/glp-Fraktion wichtig, richtig und längst überfällig sei.
- Die Stadt würde eine/n Jugendbeauftragte/n erhalten, die bzw. der sich explizit dieser wichtigen Thematik widmen könnte, die oder der verschiedene Angebote koordinieren und sich mit einer übergeordneten Strategie befassen könnte, so dass die Jugendarbeit in Langenthal zielgerichtet und effizient organisiert werden könnte.



## Stadtrat

Protokoll der 6. Sitzung vom Montag, 20. September 2010

- Der Bereich Sport habe bis anhin nur oder hauptsächlich aus administrativer Arbeit bestanden. Neu würde der Sport - als ein in der Gesellschaft immer wichtiger werdender Bereich - endlich auch eine inhaltliche Komponente erhalten. Die EVP/glp-Fraktion erachte es als wichtig, dass der Sport in einer Gemeinde, in der Grösse Langenthals, mit einer/einem Sportkoordinator/in ein Gesicht bekomme und damit nicht nur verwaltet sondern auch gezielt gefördert werde.

Mit der Annahme der Vorlage bewillige der Stadtrat neue Stellen im Umfang von 250%, was jährlich neue Kosten von Fr. 322'000.00 auslöse. Der EVP/glp-Fraktion sei das neue Amt bzw. die Bildung und die Gewichtung der Jugend, der Kultur und des Sports, dieses Geld wert. Die EVP/glp-Fraktion sei sich sicher, dass heute der richtige Zeitpunkt sei, um allen drei Bereichen im vorliegenden Beschlussesentwurf zuzustimmen.

**Renato Baumgartner, SP/GL-Fraktion:** Sicherheit, Finanzen, Soziales, Bauwesen, Bildung, Jugend, Kultur und Sport seien grosse Themen, die jede und jeden im öffentlichen Leben aber auch eine Stadt betreffen. Ein Unterschied zwischen den Themen bestehe lediglich darin, wie stark die Politik sie gewichte. Für die Themen: Sicherheit, Finanzen, Soziales und Bauwesen gebe es in der Stadtverwaltung Ämter und somit Amtsvorstehende mit entsprechenden Ressourcen und einem Mitarbeiterstab, der sich um entsprechende Projekte der jeweiligen Themen kümmern könne.

Die Themen Bildung, Jugend, Kultur und Sport würden heute ein kümmerliches Dasein als Anhängsel diverser Ämter fristen. Das von Gemeinderat Reto Müller bereits gezeigte Organigramm der Stadtverwaltung mache deutlich, dass die Kultur und Bildung dem Präsidialamt ganz am Schluss anhänge, was nach Ansicht der SP/GL-Fraktion nicht ausreiche. Im Organigramm sei die Spalte Volksschule bereits vorbereitet. Darin würden sich das Amt für Bildung, Kultur, Jugend und Sport gut einfüllen lassen.

Es reiche aber nicht aus, einfach einer Amtsvorsteherin oder einem Amtsvorsteher den Auftrag zu erteilen, sich darum zu kümmern. Die Amtsvorsteherin oder der Amtsvorsteher brauche dazu auch Leute, die sich um die differenzierten Themen kümmern. Es brauche dazu Leute, die sich mit den anderen (Sportvereine etc.) auseinandersetzen können. Im heutigen Zeitpunkt gebe es in Langenthal 1'855 Kinder und Jugendliche im kindergarten- und schulpflichtigen Alter, was mehr als 12% der Wohnbevölkerung ausmache. Die auswärtigen Schülerinnen und Schüler seien in dieser Berechnung nicht enthalten. Diese würden sich auf 12 Kindergärten und 4 Schulzentren verteilen. Zusätzlich zum städtischen Bildungsangebot gebe es auch noch das BZL.

Diese Zahlen würden veranschaulichen, dass die Bildung für Langenthal sehr wichtig sei. Es sei schon fast unverantwortlich, dass die Stadt in diesem Bereich bis anhin kein Amt und keine Ressourcen zur Verfügung gestellt habe. Von allen Parteien werde immer wieder betont, wie wichtig die Bildung für die Stadt, für die Jugend, das Gewerbe und für die Industrie sei. Langenthal wolle sich als Bildungsstandort profilieren. Bis jetzt sei aber von Seiten der Politik noch nichts gemacht worden.

Das Bildungswesen befinde sich in einem Wandel. Viele Aufgaben - wie beispielsweise das Informatikprojekt, das bis diesen August hätte umgesetzt werden sollen, mangels Ressourcen aber erst im Jahr 2011 umgesetzt werden könne - stehen an. Auch die bereits erwähnten Tagesstrukturen, die noch knapp durchgebracht worden seien, hätten in einem Amt viel besser vorbereitet und koordiniert werden können. Auch die Schulraumplanung werde auf die Stadt zukommen. Zur Koordination dieses Themas brauche es ein Bildungsamt.

Heute gehe es nicht nur um die Bildung. Langenthal sei stolz darauf ein renommiertes Theater zu haben. Langenthal sei stolz auf die Regionalbibliothek. Langenthal könne sich rühmen mit dem Kunsthaus ein Institut zu haben, das über Langenthal hinaus strahle und Interesse in der ganzen Region und schweizweit wecke. Langenthal habe ein eigenes Museum, das sehr interessante Ausstellungen aufleise und der Bevölkerung die Geschichte Langenthals näher bringe. Die Institutionen würden zwar schon eigene Ressourcen haben, diese müssten zukünftig aber noch gebündelt und koordiniert werden können.



Ein ganz kümmerlicher Stellenwert habe in der Stadtverwaltung der Bereich Sport. Wie Gemeinderätin Paula Schaub-Holt verweise er auf die aus dem Internet herunterladbare Vereinsliste. Darunter gebe es sehr viele Sportvereine, deren Koordination verbessert werden müsse, da die Ressourcen der Stadt in Bezug auf die Trainingsmöglichkeiten nicht unendlich seien.

Mit der Annahme des Teil I des vorliegenden Beschlussesentwurfs würde den Themengebieten nur ein Gesicht in der Stadtverwaltung verliehen, womit die notwendigen Ressourcen aber noch nicht geschaffen, seien, damit die auf die Stadt zukommenden Projekte ausgeführt werden können. Heute bestehe die Chance dieses Manko zu eliminieren, indem auch dem Teil II und Teil III des Beschlussesentwurfs zugestimmt werde. Damit hätte der oder die Amtsvorstehende auch eine gewisse Anzahl Stellenprozente und somit Mitarbeitende, die sich um die verschiedenen Themen kümmern könnten.

Die betroffenen und vorberatenden Kommissionen hätten sich für die Schaffung des neuen Amtes mit den zusätzlichen Stellenprozente für die Jugend und den Sport ausgesprochen. Einzig die Finanzkommission habe Zweifel an diesem Vorhaben geäußert. An dieser Stelle halte er Namens der SP/GL-Fraktion nochmal fest, dass die Schaffung der zusätzlichen Stellen notwendig sei, damit das neue Amt die Aufgaben erfüllen könne und nicht nur zum Koordinationsamt verkomme.

Es gelte nun ein Zeichen für die Jugend und für den Sport in der Stadt Langenthal zu setzen. Es reiche nicht aus nur zu sagen, dass die Jugend und der Sport und somit die Gesundheit der Bevölkerung wichtig sei - aber nichts dafür tun zu wollen. Die SP/GL-Fraktion werde allen drei Beschlussespunkten einstimmig zustimmen und hoffe auf die Unterstützung der anderen Fraktionen.

**Armin Flükiger, SVP-Fraktion:** "Viel Geld auszugeben, ohne Wirkung zu zeigen!"; "die Schulleiter werden künftig geführt!"; "damit werde die Katze im Sack gekauft!". Solche und weitere Aussagen aus dem Parlament sowie aus der Mitte der Bevölkerung würden zeigen, dass das Geschäft nicht ganz unumstritten sei und sicher auch berechtigte Fragen aufwerfe. Die SVP-Fraktion habe sich anlässlich ihrer letzten Sitzung und auch in verschiedenen zusätzlichen Besprechungen sehr intensiv mit dem Geschäft befasst, sich Gedanken zur Thematik gemacht und sich eine Meinung gebildet. Die SVP-Fraktion stimme mehrheitlich dem Hauptantrag zur Schaffung eines Amtes für Bildung, Kultur und Sport und auch den zwei Zusatzanträgen zu - allerdings ohne grosse Euphorie und nicht ohne verschiedene Fragezeichen dahinter zu setzen. Ein paar Begründungen, die trotzdem für die Schaffung des Amtes sprechen, seien heute bereits genannt worden.

Die SVP-Fraktion sei mehrheitlich davon überzeugt, dass mit dem neuen Amt die Organisation der Volksschule sehr gestärkt würde. Das Bildungsamt würde die Volksschulkommission sicher in der Umsetzung von strategischen Aufgaben unterstützen und beraten. In Bezug auf die anstehende Schulraumplanung und bezüglich allfällig künftiger Fragen zu Schulmodellen und zu Schulprogrammen würde für die Schulleitungen sicher eine Entlastung stattfinden. Persönlich sei er davon überzeugt, dass die Schnittstelle zwischen der Schule und der Verwaltung optimiert würde, weil bis anhin entsprechendes Personal dafür gefehlt habe.

Dass der Wunsch und das das Anliegen der Motion - mit der Schaffung des Amtes auch eine Einheitlichkeit in den Schulzentren zu erreichen - erfüllt werde, glaube er persönlich nicht, da die Schulzentren auch zukünftig teilautonom seien und sich die Schulleitungen nicht so schnell in die operativen Bereiche reinreden lassen.

Was den Bereich Kultur und somit das Stadttheater und die Bibliothek betreffe, so glaube die SVP-Fraktion an die Stärkung des bisherigen Systems entsprechend dem Motto: "Glauben macht selig."

Im Bereich Sportadministration, der seines Wissens einmal bei den Schulen angegliedert gewesen sei, würde jeder Schritt, der in eine bewusste Administration (Vergabe von Hallen etc.) unternommen werde, ein Fortschritt der Situation darstellen, bevor Frau Andrea Mühlhauser angestellt worden sei. Mit Frau Andrea Mühlhauser habe sich die Situation sehr viel verbessert.



Die SVP-Fraktion stimme dem Zusatzantrag "Jugendbeauftragte/r" zu, weil sie die Jugendarbeit entsprechend ihrem Thesenpapier generell unterstütze. Die SVP-Fraktion sei davon überzeugt, dass Problemfälle, die beim Übergang von der Schule zum Beruf und zur Bildung entstehen können, mit zusätzlichen Ressourcen gemindert und diese auch erfasst werden könnten. Die SVP-Fraktion sei sich des heute bestehenden Mankos in diesem Bereich bewusst. Die SVP-Fraktion sei auch davon überzeugt, dass die Jugend- und Kinderanliegen damit besser angenommen werden könnten, obwohl dies mit erheblichen Kosten verbunden sei.

Die SVP-Fraktion sage Ja zur Sport-Stadt Langenthal und stimme auch dem Zusatzantrag "Sportkoordinator/in" zu. Persönlich glaube er, dass Sport das beste Präventionsmittel in verschiedensten Bereichen sei. Die SVP-Fraktion hoffe gemäss dem Motto: "Die Hoffnung stirbt zuletzt", dass damit der Bereich Sport sowie der Bereich Verwaltung eine Optimierung der Koordination und Innovation erfahre.

Das neue Amt mit allen Fachbereichen sei gross, vielleicht sogar zu gross und komme einem Moloch gleich. Die SVP-Fraktion sei gespannt, wie viel des Bereichs Bildung in diesem Amt bzw. Stelle dann wirklich Platz haben werde. Zur Zeit seien in der Amtsleiterstelle 65 Stellenprozente für diesen Bereich definiert. Im Sinne von "zu viele Köche verderben den Brei" empfinde die SVP-Fraktion es als sehr negativ, wenn das Amt künftig in einer Co-Leitung geführt würde. Für die SVP-Fraktion seien klare Strukturen wichtig. Die SVP-Fraktion sei der Meinung, dass das Amt mit all den Fachbereichen dann funktioniere, wenn für diese Stellen entsprechend fähige Personen gefunden werden können. Dieser Anspruch berge ein gewisses Risiko. Die SVP-Fraktion gehe diesbezüglich aber gemäss dem Motto vor: "Wer wagt, gewinnt!"

**Markus Gfeller, FDP/jll-Fraktion:** Auch die FDP/jll-Fraktion habe grosses Verständnis für das Anliegen und sei auch zu einer teilweisen Unterstützung der Vorlage bereit.

Die FDP/jll-Fraktion sei schon bei der Behandlung der Motion von Stadtrat Steiner Daniel dafür gewesen, ein Bildungsamt zu schaffen. Allerdings hätte die FDP/jll-Fraktion den Vorstoss lieber in Form eines Postulates gesehen, stelle nun aber fest, dass der Gemeinderat in verdankenswerter Weise die Motion nicht all zu eng gesehen habe und das Thema etwas breiter gefasst habe. Bei der Behandlung des Postulates von Stadträtin Greber Beatrice sei die FDP/jll-Fraktion auch grundsätzlich für die Einsetzung eines Jugendbeauftragten gewesen, allerdings ganz klar unter der Voraussetzung dass dieser in ToKJO integriert werde.

Insbesondere dankbar sei die FDP/jll-Fraktion darüber, dass bereits zwei Jahre nach Eingabe der Vorstösse darüber verhandelt werden könne. Andere Vorstösse würden deutlich länger auf eine entsprechende Verhandlung warten müssen.

Grundsätzlich verhalte es sich beim vorliegenden Geschäft aber so, dass eine heute bestehende Leistung künftig zu einem teureren Preis erhältlich wäre. Dieser Umstand müsse klar gesehen werden. Der Stadt gehe es gut, weshalb sie - wie er persönlich auch - etwas Speck ansetze.

Die FDP/jll-Fraktion danke dem Gemeinderat recht herzlich für die Gelegenheit im Stadtrat differenziert über die Vorlage abstimmen zu können. Zum Einen über die Schaffung des Amtes im Grundsatz und anschliessend über die Stelle der/des Jugendbeauftragten sowie die der/des Sportkoordinatorin/Sportkoordinators. Damit erhalte dieses Geschäft - insbesondere im Kern - eine deutlich grössere Chance.

Die administrative, von der Schule unabhängige Stelle, die zur Verfügung stehe, um die Schulen zu führen, werde von der FDP/jll-Fraktion als Vorteil erachtet und spreche für das Geschäft. Zudem führe die Schaffung sicher auch zu einer gewissen Entlastung der Volksschulkommission; allenfalls finde in diesem Bereich auch eine gewisse Professionalisierung statt. Die FDP/jll-Fraktion sehe - insbesondere, weil das neue Amt auch für die Schulraumplanung zuständig wäre - gewisse Synergien mit dem zur Zeit laufenden Projekt Schulraumplanung.

Viele formelle Aspekte - wie beispielsweise dass die Finanzen sowie der Bau in einem Amt organisiert seien, womit die Bildung doch auch in einem eigenen Amt organisiert sein müsste - seien genannt worden. Grundsätzliche könne dies, und dass jede/r Ressortvorstehende ein Amt unter sich habe, nicht massgeblich sein und spreche gegen das Geschäft.



Mit der Professionalisierung im Bereich Kultur und Sport gehe insbesondere einher, dass in diesem Bereich viel auf Freiwilligenarbeit basiere. Im Bereich der öffentlichen Sicherheit und der Finanzen würde es sich wahrscheinlich nicht bewähren, wenn jeder selber und aus eigenem Antrieb heraus etwas unternehmen würde. Im Bereich des Sports und der Kultur passiere aber viel auf freiwilliger Ebene. Dementsprechend gelte es aufzupassen nicht Gefahr zu laufen, den Leuten, die dies ehrenamtlich machen, die Qualifikation oder die Motivation im Sinne von "was nichts kostet, ist nichts Wert" abzusprechen. Demgemäss könnte das Geld ja auch auf Vereine aufgeteilt werden, die etwas für die Nachwuchsförderung unternehmen. Seiner Meinung nach würde damit eine deutlich grössere Wirkung mit dem gleichen eingesetzten Franken erzielt.

Nach Ansicht der FDP/jll-Fraktion müsse die/der Jugendbeauftragte mehr bzw. definitiv ins ToKJO eingebunden werden, wogegen die/der Sportkoordinator/in nach Auffassung und aus heutiger Sicht der FDP/jll-Fraktion nicht wirklich nötig sei. Weshalb diese Stelle in die Vorlage aufgenommen worden sei, werde an und für sich verstanden, da die Hallenbelegung früher höchstens suboptimal funktioniert habe. Wie von Stadtrat Armin Flükiger erwähnt worden sei, habe diesbezüglich aber eine deutliche Verbesserung bereits stattgefunden.

Nicht zuletzt dürfe nicht vergessen werden, dass im Zusammenhang mit dem neuen Amt auch für die Amtsleitung Stellenprozente ausgeschieden worden seien, damit diese im Bereich Sport und Jugend tätig sein könne. Selbst wenn also jetzt die Stelle Sportkoordinator/in und Jugendbeauftragte/r nicht bewilligt würden, würde das eine Verbesserung gegenüber der heutigen Situation ergeben. Zusätzlich würde mit dem Hinweis, dass diese Stellen im Zusammenhang mit der Verwaltungsreform besetzt werden könnten, vielleicht ein zusätzlicher Anreiz geschaffen, die Verwaltungsreform in entsprechender Geschwindigkeit voranzutreiben.

Die FDP/jll-Fraktion habe diverse Fragen zur ganzen Vorlage:

- Wieso wird die Jugendförderung nicht vermehrt ins ToKJO integriert?

Die FDP/jll-Fraktion sehe in der vorliegenden Lösung Doppelspurigkeiten, die eigentlich vermieden werden sollten, wenn schon die Gelegenheit bestehe, eine neue Struktur zu schaffen.

- Wieso ist ein Sportamt notwendig?

Bei der Suche nach Antworten auf diese Frage, stosse man auf Seite 18/24 (Bericht und Antrag des Fachbereichs Recht vom 8. Juli 2010) auf die Begründung, dass es innerhalb der Verwaltung nötig sei, aktiv, effizient und koordiniert arbeiten zu können. Diese Formulierung sei etwas unkonkret.

- Kann man den Mehraufwand in die Kosten der Regionalen Kulturkonferenz (RKK) einfliessen lassen?

Auf Seite 18/24 (Bericht und Antrag des Fachbereichs Recht vom 8. Juli 2010) werde begründet, dass im Zusammenhang mit der Regionalen Kulturkonferenz (RKK) Mehraufwand entstehe.

- Im Traktandum Nr. 2 der heutigen Sitzung werde über die RKK gesprochen. Ist demnach davon auszugehen, dass die Argumentation im Bericht und Antrag des Fachbereichs Kultur vom 22. Juni 2010 unter Punkt 10, wonach die RKK auf den Personalbestand und auf die Infrastruktur keine Auswirkungen habe, vorgeschoben worden ist?

Die FDP/jll-Fraktion unterstreiche die Haltung der SVP-Fraktion, dass die Leitung des Amtes ganz sicher zu Beginn nicht auf mehrere Personen aufgeteilt werden soll. Aus seiner Sicht sei das Amt schon deshalb schwierig zu führen, weil es eigentlich unter zwei Ressorts stehe. Die FDP/jll-Fraktion erachte eine doppelte Leitung für ein Amt im Aufbau als wenig sinnvoll und wenig effizient.

Die FDP/jll-Fraktion unterstütze die Schaffung des Bildungsamtes (Teil I des Beschlussesentwurfs), lehne die zwei weiteren Teilaspekte (Teil II Jugendbeauftragte/r und Teil III Koordinator/in Sport des Beschlussesentwurfs) - mindestens zum heutigen Zeitpunkt - jedoch ab.



**Beat Sterchi:** Er nehme vorweg, nicht so viele positive Punkte wie Stadtrat Markus Gfeller - der das Geschäft ablehne - gefunden zu haben und werde der Vorlage deshalb nicht gross zustimmen.

Ursprünglich sei in der Motion gestanden, den Bildungsstandort Langenthal zu stärken, was mit einer besseren Führung der Volksschulkommission hätte erreicht werden sollen. Der Kanton habe die entsprechende Umsetzungshilfe mit REVOS 08 für die Reorganisationen im Volksschulwesen an die Gemeinden gegeben. Darin werden 4 Punkte vorgeschlagen:

1. *Der Ressortvorsteher Schule präsidiert die Schulkommission.*

In Langenthal werde dieser Punkt erfüllt.

2. *Als Schulkommissionspräsident/in führt die/der Ressortvorsteher/in die Schulleitung personell und fachlich.*

In Langenthal werde auch dieser Punkt erfüllt.

3. *In grösseren Gemeinden mit mehreren Schulstandorten und Standortleitungen wird eine Hauptschulleitung mit ausgebautem Sekretariat geschaffen, welche die fachliche und personelle Führung der einzelnen Schulleitungen übernimmt und auch die Verbindung zur Gemeindeverwaltung sicherstellt.*

In grösseren Gemeinden sei es möglich, die Hauptschulleitungsstelle einer/einem Verwaltungsangestellten in der Funktion einer/eines Amtsvorstehenden oder Abteilungsleitenden zu übertragen. In der Gemeinde Lyss werde dies so praktiziert.

4. *Nach Auffassung der Erziehungsdirektion hat die neue Führungsstruktur der Volksschulen auf Gemeindeebene keinen neuen Personalbedarf zur Folge, sondern ist eine Frage der Organisation und der Kompetenzverteilung. Bei mehreren Schulleitungen kommt die Gemeinde nicht um den schwierigen Entscheid herum, wer die Funktion der Hauptschulleitung übernimmt.*

Der Gemeinderat weiche dieser Frage aus, weshalb er den Gemeinderat in diesem Punkt kritisieren. Der Gemeinderat mache vor Allem aus bürokratischen Gründen ungefähr das Gegenteil von dem, was in der Vorlage des Kantons stehe. Mit Konzepten, Berichten, Administration etc. werde dem Stadtrat der massivste Stellenausbau der letzten 15 Jahre beantragt, welcher die laufende Rechnung mit Kosten von immerhin Fr. 322'000.00 mehr belaste. Demgemäss stimme die Aussage, dass eine heute bestehende Leistung künftig teurerer gemacht - aber nicht besser werde. Es werde ein unübersichtliches und wirres administratives Gebilde mit einer Aufgabenkombination aus Bildung, Jugend, Sport und Kultur geschaffen.

Das eigentliche Ziel, den Bildungsstandort Langenthal zu stärken, lasse sich damit ganz sicher nicht erreichen. Im Gegenteil sei zu befürchten, dass die Bildungsanliegen im neuen Aufgaben-Sammelstadium geschwächt würden.

Der Gemeinderat habe Angst davor, einen der amtierenden Schulleiter zum Chef zu ernennen. Weil damit die Führungsfrage nicht geklärt sei, müssen für bürokratische Abläufe und natürlich auch damit die bürokratischen Abläufe überhaupt bewältigt werden können, neue Ressourcen geschaffen werden. Der Kanton verlange von den Gemeinden eine klare Kompetenzregelung. Im vorliegenden Schulreglement sei genau das Gegenteil der Fall, weil in Bezug auf die Kompetenzen der beteiligten Stellen wieder auf die kantonale Volksschulgesetzgebung zurückverwiesen werde, indem gemäss Art. 30 des Reglements über das Schulwesen der Stadt Langenthal einfach für alles, was nicht geregelt und nicht zugeteilt worden sei, neu die/der Amtsvorstehende zuständig sei. Zusammenfassend heisse das so viel, dass Basisdemokratie keine gute Schule schaffe, aber Ressourcen brauche. Wenn die Schule derart basisdemokratisch organisiert werden soll, dann brauche es die beantragten Ressourcen, was seiner Meinung nach aber nicht zweckmässig sei.



Eine wahre Meisterleistung sei die Unterstellung des neuen Amtsvorstehers: Dieser habe mindestens 5 vorgesetzte Stellen (2 Ressortvorstehende, Stadtpräsident, Stadtschreiber und Schulkommission), 6 beigegebene Kommissionen - was sonst kein einziger Amtsvorsteher habe - und mindestens 10 direkt unterstellte Mitarbeitende. Wie diese Organisation in einem neuen Amt klappen soll, sei fraglich. Das Scheitern in zwei Jahren sei seiner Meinung nach ganz klar vorgezeigt.

Für Vereine und Institutionen im Sport- und Kulturbereich seien die Wege bisher unkompliziert und unbürokratisch gewesen. Mit der Integration in das neue Amt würden neue bürokratischen Hürden aufgebaut, die die Rahmenbedingungen für Sportvereine und Kulturinstitutionen klar verschlechtern. Künftig würden bei ihren Anliegen nicht nur eine Kommission sondern neue Amtsstellen mitreden, was unweigerlich zu längeren Amtsabläufen, zu komplizierteren Entscheidungswegen und zu neuen Auflagen führe. Im Bericht des Gemeinderates sei klar dargelegt, dass die neuen Stellen nicht die Vereine unterstützen sollen, sondern, dass diese Administrativ-, Konzeptions- und Kontroll-Aufgaben wahrnehmen sollen. Das liege nicht im Interesse der Vereine.

Die Finanzkommission habe versucht die komplexe Vorlage zu vereinfachen und das Dringende vom Wünschbaren zu trennen, indem sie verlangt habe:

- zuerst die Führungsstruktur in der Volksschule zu klären, indem die Ressourcen für die Bildungsfragen bewilligt werden. Damit würde dem Bildungsamt eine Chance gegeben, dass es sich neu bilden und auch operativ tätig werden könnte.
- im Rahmen der Verwaltungsreorganisation noch einmal zu überprüfen, ob der Bedarf an Ressourcen für die anderen Aufgaben richtig sei. Es liege kein einziger Ressourcennachweis vor. Einfach nur emotional und im Sinne von "ich meine, ich habe, ich fühle" zu argumentieren, sei für ihn kein Ressourcennachweis.

Den Ausführungen der Finanzkommission entsprechend, müsse die Vorlage seiner Meinung nach noch einmal überprüft und überarbeitet werden. Ein Ja zum heute vorliegenden Geschäft, würde eine klare Abwertung des Bildungsstandortes Langenthal bedeuten, weil damit ein kompliziertes, bürokratisches Gebilde mit unklaren und konfliktträchtigen Kompetenz- und Aufgabenverteilungen geschaffen würde. Die Vorlage führe auch zu einer klaren Verschlechterung für die Sportvereine und die Kulturinstitutionen, indem bisher formlose Zusammenarbeitsmöglichkeiten bürokratisiert werden, was nicht im Sinne des Erfinders sei. Die Vorlage schaffe aber vor Allem nicht die erwünschte Klarheit in der Frage der Führung der Schulen, weil sie einfach mehr administrative Ressourcen vorsehe, anstatt Kompetenzen zweckmässig und klar zu verteilen.

Er fordere dazu auf, die Vorlage abzulehnen, damit dem Gemeinderat die Chance gegeben werden könne, noch einmal über die Bücher zu gehen, um dem Stadtrat eine führungstaugliche Organisation für das Bildungswesen vorzulegen.

**Beatrice Greber:** Schon im Jahre 2004 sei im Jugendleitbild ein/e Jugendbeauftragte/r empfohlen worden. Das Jugendleitbild sei damals in Zusammenarbeit mit Stadträtin Florinda Wallkamm-Mauricio (FDP) erarbeitet worden.

Der Fachbereich Jugend habe in der Stadt Langenthal bis anhin keine gezielte Ansprechperson. Dementsprechend stelle sich die Frage wo (auf dem Sozialamt oder bei der Polizei?) man sich für Jugendfragen in Langenthal informieren kann. Obwohl sich der Amtsvorsteher des Sozialamtes aus Interesse mit dem Thema beschäftigt habe, gehöre es aber nicht zu den Aufgaben des Sozialamtes.

Ein/e Jugendbeauftragte/r könnte in Langenthal ein deutliches Zeichen gegen aussen setzen. In der heutigen Zeit sei das ein Muss. Die Aufgaben einer/eines Jugendbeauftragten seien sehr vielseitig:



- Ansprechperson für die Eltern, Jugendliche und Kinder
- Koordination verschiedener Projekte innerhalb der Verwaltung bis hinunter zur Basis
- Förderung fachgerechter präventiver Massnahmen
- Unterstützung für Vereine bei der Förderung der Sozialkompetenz
- Orientierung über den Jugendschutz
- Zusammenarbeit mit anderen Gemeinden
- Ansprechperson für Fachstellen zu verschiedensten Themen (Alkohol, Drogen, Littering, Spielsucht, Essprobleme, Verschuldung Jugendlicher, Selbstverletzungen, Gewalt etc.)
- Verantwortung für die Qualitätskontrolle.

Der Leitsatz einer/eines Jugendbeauftragten müsse lauten: "agieren statt reagieren!" Der Gesellschaft müsse die Jugend wichtig sein. Dafür gelte es ein deutliches Zeichen zu setzen.

**Therese Grädel-Fankhauser:** Ob beruflich oder privat sei Bildung in ihrem Leben immer ein Thema gewesen. Am heutigen Abend seien schon viele Stichwörter wie beispielsweise Schnittstelle, Koordination etc. gefallen. Letztendlich gehe es vor Allem darum, Verantwortung für die Bildung und damit für die Jungen und für die Kinder bzw. deren Zukunft zu übernehmen. Es gelte aber auch Verantwortung für Leute, die hinter den Kulissen im Bereich Kultur, Sport etc. tätig seien, zu übernehmen. Diese Leute würden viele sehr wichtige Arbeiten - auch in präventiver Hinsicht - leisten. Der Job der/des Amtsvorstehenden sei anspruchsvoll. Die Güte und die Qualität der Arbeit werde letztendlich von der Akzeptanz und den Chancen abhängen, die der Stelle entgegengebracht bzw. eingeräumt werden. Die Schaffung des Bildungsamtes stelle ein grosse Chance dar, die es nun anzupacken gelte.

**Urs Zurlinden:** Da die Meinungen vermutlich bereits gebildet seien, habe er sich eigentlich gar nicht zu Wort melden wollen. Das Votum von Stadtrat Beat Sterchi habe ihn aber aus der Reserve gelockt.

Wer die heutige Organisation betrachte und diese mit den Möglichkeiten der Zukunft vergleiche, könne doch nicht sagen, dass mit der Schaffung eines Amtes für Bildung, Kultur und Sport ein unübersichtliches, wirres, administratives Chaos gebaut werde. Im Gegenteil: Heute sei die Fachstelle Sport - was auch immer diese Stelle heute mache - dem Stadtbauamt zugeordnet, wo sie nun überhaupt nichts zu suchen habe. Heute sei der Bereich Jugend - was auch immer heute darunter verstanden werden könne - dem Sozialamt zugeordnet, wo der doch am völlig falschen Ort sei. Die Kultur sei - gemäss Organigramm irgendwo unten links - dem Präsidialamt zugeordnet, was auch falsch sei. Wenn sich inhaltlich gewisse Bereiche in der Stadt zusammenfassen und administrativ mit Synergien besser bewirtschaften lassen, dann seien es die Bereiche Bildung, Kultur und Sport!

Mit der Zustimmung, die hoffentlich heute zur Schaffung des Amtes für Bildung, Kultur und Sport erteilt werde, werde weder Chaos noch Verwirrung geschaffen, sondern das gesetzte Ziel erreicht.

Der Präsident des LVL, Herr Hansruedi Wyss, habe ihn heute telefonisch dringend gebeten, der Stelle Sportkoordination zuzustimmen, weil von Seiten der Sportvereine ein riesiges Bedürfnis danach bestehe. Persönlich sei er der Meinung, dass sich die Stadt diese Stelle leisten könne.

**Patrick Freudiger:** Etwas erstaunt stelle er fest, von allen Votanten der Jüngste zu sein, der das Projekt - welches nota bene im Namen der Jugend durchgezogen werden soll - ablehne, was seiner Meinung nach aber die Problematik der Vorlage aufzeige. Sollte sich Stadtrat Bernhard Marti noch dazu äussern, wäre er allerdings nur noch der Zweitjüngste ...

Nicht diejenigen, die jetzt im Namen der Jugend mit der grossen Kelle rühren und hunderttausende Franken jährlich ausgeben wollen, würden etwas für die Jungen tun. Man müsse die Jugend nicht schlechter darstellen, als sie sei. Die Jungen würden nicht während 365 Tagen in völliger Lethargie darauf warten, dass die Politik komme und ihnen irgendwas bereitstelle. Die Jugendlichen - zumindest die die er kenne - seien selber aktiv und würden nicht mehr Politik und mehr Bürokratie wollen, weil sie froh seien, wenn sie von der Bürokratie in Ruhe gelassen werden.



## Stadtrat

Protokoll der 6. Sitzung vom Montag, 20. September 2010

Die bürgerliche Jugend, die er kenne (laut Umfragen sei die Mehrheit der Jungen bürgerlich), wolle keine neue Amtsstelle und ganz sicher keinen Jugendbeauftragten, der noch mehr Papiere brauche, der noch mehr Berichte schreibe und der sich an irgendwelchen Konferenzen für seine Vernehmlassungen feiern lasse, die ungelesen in ein Archiv wandern oder der sich dafür feiern lasse, dass er nur noch von Klassen für besondere Förderung anstatt von Kleinklassen rede. Diese Art der Jugendförderung komme nicht bis zur Basis und sei somit eine Jugendförderung ohne Wirkung. Jede und jeder hier Anwesende habe wahrscheinlich schon einmal ein Plädoyer für den schlanken Staat gehalten, was auch richtig sei, weil man nicht sechs Tage von einem schlanken Staat reden könne um dann am siebten Tag das Prinzip aufzubrechen und Fr. 322'000.00 jährlich für eine neue Amtsstelle auszugeben.

Er lehne das Projekt persönlich ab.

**Markus Gfeller:** In seinem vorangegangenen Votum habe er vergessen eine Frage zu stellen, was er nun nachhole: Verschiedene Bereiche von Ämtern oder Ressorts sollen in das neue Bildungsamt wegtransferiert werden. In den Unterlagen habe er keine Informationen gefunden, die aufzeigen, wo und in welcher Höhe die weggefallenen Ressourcen frankenmässig eingespart werden. Er bitte auch um Beantwortung dieser Frage.

**Stadtpräsident Thomas Rufener:** Die Frage von Stadtrat Markus Gfeller basiere auf der grundsätzlichen Devise, dass aus  $1 + 1 = 2$  resultieren müsse. Mit der Vorlage werde aber nicht einfach ein Amt eingeführt, um alles beim Alten zu belassen. Der Gemeinderat wolle mit den Transfers eine gewisse qualitative Verbesserung erreichen. Demnach könne nicht erwartet werden, dass aus einem Amt eine 40%-Stelle entfernt werde, die dann einfach ins neue Amt transferiert werden könne. Die Frage müsste eher in die Richtung gestellt werden, ob die Amtsleitung durch die Transaktion um beispielsweise 2% entlastet werde, was aber ganz klar nicht realistisch sei. Im Übrigen bleibe die politische Arbeit die selbe, weil sich die politische Zuständigkeit - was die verschiedenen Aktivitäten der Kultur, des Sports etc. betreffe - nicht ändere.

Stadtrat Beat Sterchi habe im Zuge seiner Bemerkung, dass der Gemeinderat Angst davor habe einen der amtierenden Schulleiter zum Chef zu ernennen, um die Belange der Gemeinde wahrnehmen zu können, Art. 30 des Reglements über das Schulwesen der Stadt Langenthal zitiert. Namens des Gemeinderates und im Wissen, dass Stadtrat Beat Sterchi Jurist sei, verweise er in diesem Zusammenhang auf:

- Art. 5 Abs. 1 des Volksschulgesetzes (VSG) wonach das Volksschulwesen eine gemeinsame Aufgabe der Einwohner- und der gemischten Gemeinden sowie des Kantons sei;
- Art. 34, 35 und 36 des Volksschulgesetzes (VSG) wonach vom Kanton die Trennung zwischen der Aufsicht durch politische Gemeindebehörden und der pädagogischen und betrieblichen Führung der Schulen durch die Schulleitungen vorgeschrieben sei.

Beim Lesen dieser Artikel stelle er als Nicht-Jurist fest, dass - wer einen Schulleiter auch noch zuständig mache, um auch politisch-strategische Aufgaben der Gemeinde wahrzunehmen - die Artikel falsch interpretiere. Im Übrigen halte er als ehemaliger Ressortvorsteher Finanz- und Steuerwesen fest, dass im Zusammenhang mit der Arbeit der Finanzkommission und der Schulen in Budgetprozessen, alle Jahre genau diese Koordinationssituation als Mangel beanstandet worden sei. Genau die Zusammenarbeit sei einer der Aspekte zwischen den pädagogisch-betrieblichen Belangen (Zuständigkeit bei den Schulleitungen im Rahmen des VSG; Überwachung erfolgt vom Schulinspektorat) und den Belangen der Stadt, bei denen es darum gehe, die städtischen Schnittstellen definieren zu können. Der Gemeinderat wolle in diesem Rahmen einen Schritt zu einer besseren Lösung machen, um ganz klar ein Defizit auszumerzen, das entsprechend seiner Erfahrung - insbesondere von der Finanzkommission - über Jahre beanstandet worden sei.



## Stadtrat

Protokoll der 6. Sitzung vom Montag, 20. September 2010

**Gemeinderat Reto Müller:** Bezugnehmend auf das Votum von Stadtrat Markus Gfeller der FDP/jll-Fraktion, die Stelle der/des Jugendbeauftragten in ToKJO integrieren zu müssen, halte er fest, dass diesbezüglich Gespräche mit ToKJO geführt worden seien und, dass ToKJO sowie die Präsidentin des Trägervereins, Stadträtin Florinda Wallkamm-Mauricio, die Schaffung dieser Stelle innerhalb der Stadtverwaltung unterstützen, weil die Aufgaben einer/eines Jugendbeauftragten nicht mit Aufgaben der Jugendarbeit vermischt werden dürfen. Die Aufgabe der Jugendarbeiter/innen unterscheidet sich grundlegend von derjenigen einer/eines Jugendbeauftragte/n. Die operativen Aufgaben (aufsuchende, aktive Jugendarbeit, die von ToKJO ausgeführt werde) gelte es streng vom gesamten Fächer von Aufgaben einer/eines Jugendbeauftragten zu trennen.

Er nehme das Votum der FDP/jll-Fraktion dankend auf, und sei dann - wenn denn die geplante Massnahme der Arbeitsgruppe BELLAngenthal (Aufstockung der Jugendarbeit im ToKJO) einmal anlaufen soll - um die Unterstützung der FDP/jll-Fraktion froh.

Die Ansicht von Stadtrat Patrick Freudiger, dass die Jugend nicht schlecht sei, werde auch von ihm geteilt. Er stimme auch zu, dass die Jugend aktiv sei. Damit dies aber so bleibe, brauche es entsprechende Gefässe für die Bildung und Gefässe zur Förderung der Prävention, die bereit gestellt werden müssen.

Zur Frage von Stadtrat Markus Gfeller in Bezug auf das Wegtransferieren von Stellen halte er fest, dass die Aufgaben gemäss den drei Dienstleistungsverträgen, die die Stadt mit Vereinen abgeschlossen habe, effektiv jetzt beim Sozialamtvorsteher, Adrian Vonrüti seien, welcher früher als stellvertretender Leiter des Jugendamtes Bern tätig gewesen sei. Dieser Bereich werde neu ins Bildungsamt übergehen. Wenn der Aufwand für diese Aufgabe prozentual gerechnet werden müsste, käme man unter Berücksichtigung des Stellenportfolios von Adrian Vonrüti auf einen kleinen Prozentsatz, den man bis jetzt für den Abschluss der Verträge habe verwenden können. Bei der Vorlage gehe es somit auch um eine Aufwertung strategischer Arbeiten.

**Gemeinderätin Paula Schaub-Holt:** Was das Votum von Stadtrat Markus Gfeller der FDP/jll-Fraktion betreffe, weise sie vorweg in aller Deutlichkeit darauf hin, dass der Gemeinderat weit davon entfernt sei, der Freiwilligenarbeit die Qualifikation abzusprechen. Wer zur Annahme komme, dass mit dem Geschäft die Verwaltung gegen die Vereine ausgespielt werden wolle, habe die Absicht der Vorlage nicht wirklich erfasst. Im Gegenteil gehe es darum, den Vereinen Respekt entgegen zu bringen, ihre Arbeit zu achten, indem diesen eine Ansprechperson in der Verwaltung zur Seite gestellt werde, womit die Vereine gestärkt und nicht geschwächt werden.

Stadtrat Beat Sterchi verlange, dass die Vereine kontrolliert werden. Diese Forderung lasse sie vermuten, dass zwei Vorlagen ineinander geraten seien. Erst im nächsten Traktandum (Regionale Kulturkonferenz Langenthal (RKK); Leistungsverträge) sei von Controlling die Rede. Falls ihr Stadtrat Beat Sterchi allerdings anlässlich der Beratung der Leistungsverträge RKK aufzeigen könne, wo und wie da ein Controlling von Vereinen vorgesehen sei, würde sie ihn gerne zum Bier einladen...

Die Antwort auf die Fragen von Stadtrat Markus Gfeller zum Personalaufwand im Zusammenhang mit der RKK laute, dass die städtische Kulturbeauftragte ihre Aufgabe im Rahmen und auch im Namen des Vorstandes der RKK in der Regionalkonferenz wahrnehme, womit in der RKK entsprechend Aufwand anfalle. Die städtische Kulturbeauftragte habe aber nicht zuletzt in diesem sowie in anderen Projekten (Kulturförderungsgesetz; Kulturstrategie der Kantons Bern) auch Zusatzaufgaben zu übernehmen.

Auf die personelle Besetzung der Amtsleitung gehe sie nicht weiter ein, weise aber darauf hin, dass erfahrungsgemäss bei Stellenaufteilungen in nahezu allen Fällen beide Personen zusammen mehr als 100% arbeiten.



Die Aussage, dass eine Sportkoordination nicht wirklich nötig sei, erachte Sie als den "Gipfel". Es gelte sich an das am 26. Oktober 2009 erheblich erklärte *Postulat (umgewandelte Motion) Zurlinden Urs (FDP) und Fiechter Fritz (SP) und Mitunterzeichnende vom 29. Juni 2009: Erarbeitung eines Sportstätten-Konzepts und die Ergreifung der erforderlichen raumplanerischen Massnahmen* zu erinnern. Auch anlässlich eines Sport-Gipfels der FDP sei die Sportstadt Langenthal propagiert worden. Nun die Ressourcen zur Umsetzung dieser Forderungen nicht zur Verfügung stellen zu wollen, sei der "Sport-Gipfel". Ohne auch noch einen Link zur Bibel herzustellen - was offensichtlich von anderen Parteien fast mehr praktiziert werde, als von der EVP - glaube sie daran, dass sich auch die FDP die Kongruenz ihrer Haltung nochmals überlege...

## C Reglement über die Organisation der Stadtverwaltung

**Stadtratspräsident Christoph Kuert** stellt zu Händen des Protokolls fest, dass keine Wortmeldungen zum Reglement über die Organisation der Stadtverwaltung gewünscht werden.

## D Reglement über das Schulwesen der Stadt Langenthal

**Michèle Rentsch-Ryf, EVP/glp-Fraktion:** Art. 29 widme sich der Schaffung eines Elternrats. **Die EVP/glp-Fraktion stelle den Antrag, direkt daran anschliessend, neu Art. 29a zur Schaffung der Möglichkeit eines Schülerrats aufzunehmen. Diese Neuerung schlage sich auch im Titel nieder (Erweiterung des Titels VIII. Eltern).**

Antrag Gemeinderat	Antrag EVP/glp-Fraktion
<p><b>VIII. ELTERN</b></p> <p><b>Art. 29</b></p> <p>Absätze 1 - 3 unverändert.</p> <p><sup>4</sup> Es können Elternräte für die Schulzentren resp. für die Kindergärten und ein Gesamtelternrat geschaffen werden. Der Gemeinderat erlässt auf Antrag der Volksschulkommission eine entsprechende Verordnung.</p>	<p><b>VIII. ELTERN RESP. SCHÜLERINNEN UND SCHÜLER</b></p> <p><b>Art. 29</b> (Marginaltext: <b>Eltern</b>)</p> <p>Absätze 1 - 3 unverändert.</p> <p><sup>4</sup> Es können Elternräte für die Schulzentren resp. für die Kindergärten und ein Gesamtelternrat geschaffen werden. Der Gemeinderat erlässt auf Antrag der Volksschulkommission eine entsprechende Verordnung.</p> <p><b>Art. 29a</b> (Marginaltext: <b>Schülerinnen und Schüler</b>)</p> <p><b>Es können Schülerräte in den Schulzentren und ein Gesamtschülerrat geschaffen werden. Der Gemeinderat erlässt auf Antrag der Volksschulkommission eine entsprechende Verordnung.</b></p>

Mit Art. 29a würde die Möglichkeit geschaffen, zu einem späteren Zeitpunkt einen Elternrat ins Leben zu rufen. Heute sei aber noch nicht klar, ob es in naher oder ferner Zukunft einen Elternrat geben werde oder nicht. Ebenso Sinne mache - wenn nicht noch mehr - ein Schülerrat auf der Oberstufe. Darum sei es konsequent diese Möglichkeit ebenfalls zum jetzigen Zeitpunkt ins Reglement aufzunehmen. Damit werde vom Parlament nicht gesagt, einen Schülerrat zu wollen oder nicht. Damit würde lediglich analog zum Elternrat eine reglementarische Grundlage - wie dies beispielsweise auch von Burgdorf gemacht worden sei - geschaffen. Genauso wie beim Elternrat wäre damit noch alles offen und somit würde damit weder etwas aufgeleistet noch etwas vergeben.

Mit einem Augenzwinkern zu Stadtrat Patrick Freudiger halte sie fest, dass sich die Jugend, die sie kenne, gerne in einem Schülerrat engagieren würden. In diesem Sinne bitte sie im Namen der EVP/glp-Fraktion um Unterstützung des Antrages.

**Stadtratspräsident Christoph Kuert** ordnet an, über den Antrag der EVP/glp-Fraktion im Beratungsteil "J Abstimmung über Anträge" abzustimmen.



## **E Reglement über die Kindertagesbetreuung in der Stadt Langenthal**

**Stadtratspräsident Christoph Kuert** stellt zu Händen des Protokolls fest, dass keine Wortmeldungen zum Reglement über die Kindertagesbetreuung gewünscht werden.

## **F Kultur- und Bibliotheksreglement der Stadt Langenthal**

**Stadtratspräsident Christoph Kuert** stellt zu Händen des Protokolls fest, dass keine Wortmeldungen zum Kultur- und Bibliotheksreglement gewünscht werden.

## **G Reglement für die Theaterkommission**

**Stadtratspräsident Christoph Kuert** stellt zu Händen des Protokolls fest, dass keine Wortmeldungen zum Reglement für die Theaterkommission gewünscht werden.

## **H Stellungnahme des Gemeinderates zu den Anträgen**

**Stadtratspräsident Christoph Kuert** stellt zu Händen des Protokolls fest, dass der Gemeinderat auf eine Stellungnahme zum Antrag von Stadträtin Michèle Rentsch-Ryf der EVP/glp-Fraktion (Aufnahme von Art. 29a neu im Reglement über das Schulwesen der Stadt Langenthal) verzichtet.

## **I Wortmeldungen Fraktions- und Einzelsprechende**

**Stadtratspräsident Christoph Kuert** stellt zu Händen des Protokolls fest, dass keine Wortmeldungen gewünscht werden.

**Stadtratspräsident Christoph Kuert** ordnet ein **Time-Out von 5 Minuten** an, um in den Fraktionen den Antrag von Stadträtin Michèle Rentsch-Ryf der EVP/glp-Fraktion zu beraten.

## **J Abstimmung über Anträge**

**Stadtratspräsident Christoph Kuert** bittet um Abgabe der Stimme zum Antrag von Stadträtin Michèle Rentsch-Ryf der EVP/glp-Fraktion (Aufnahme von Art. 29a ins Reglement über das Schulwesen der Stadt Langenthal):

- **Der Stadtrat stimmt dem Antrag (Aufnahme von Art. 29a ins Reglement über das Schulwesen der Stadt Langenthal) von Stadträtin Michèle Rentsch-Ryf der EVP/glp-Fraktion mit 22 Stimmen Ja gegen 14 Stimmen Nein (bei 1 Enthaltung) zu.**



## III Abstimmung:

### Abstimmung über Teil I des Beschlussesentwurfs (Schaffung Bildungsamt):

- Der Stadtrat beschliesst mit **34 Stimmen Ja gegen 3 Stimmen Nein (bei 0 Enthaltungen)** unter Vorbehalt des fakultativen Referendums:

#### I) Amt für Bildung, Kultur und Sport

- a) Der Stadtrat stimmt der Schaffung eines Amtes für Bildung, Kultur und Sport gemäss dem vorliegenden Konzept (Bericht Präsidialamt/Fachbereich Recht vom 8. Juli 2010) und den dafür notwendigen Änderungen im Reglement vom 20. November 2000 über die Organisation der Stadtverwaltung, im Reglement vom 22. November 2004 über das Schulwesen der Stadt Langenthal, im Reglement vom 13. Dezember 1999 über die Kindertagesbetreuung, im Kultur- und Bibliotheksreglement der Stadt Langenthal vom 18. August 2008 sowie im Reglement vom 11. März 2002 für die Theaterkommission (Änderungserlasse gemäss Beilagen 5b, 6b, 7b, 8 und 9) zu.
- b) Der Stadtrat bewilligt folgende neuen unbefristeten Stellen:

600.01	Amtsvorsteher/in	100.00 %
600.02	Administration Amt	60.00 %

- c) Die für die neu geschaffenen personellen Ressourcen anfallenden jährlich wiederkehrenden Kosten werden zu Lasten der laufenden Rechnung wie folgt bewilligt:
- |   |            |                   |
|---|------------|-------------------|
| ■ zu Lasten Konto 601.301.10 Löhne der Mitarbeitenden | Fr.        | 170'150.00        |
| ■ zu Lasten Konto 601.303.10 AHV-Beiträge             | Fr.        | 16'400.00         |
| ■ zu Lasten Konto 601.340.10 PK-Beiträge              | Fr.        | 18'450.00         |
| <b>Total wiederkehrend</b>                            | <b>Fr.</b> | <b>205'000.00</b> |
- d) Für die in Ziffer c) zu beschliessenden Kredite werden zu Lasten der Laufenden Rechnung 2011 entsprechende Nachkredite bewilligt. Ab dem Jahr 2012 sind die in Ziffer c) zu beschliessenden Kredite im Voranschlag einzustellen.
- e) Zu Lasten der Laufenden Rechnung 2011, Konto 601.311.10 Mobilien, wird ein Nachkredit von CHF 10'000.00 bewilligt.
- f) Die Motion Steiner Daniel (EVP) und Mitunterzeichnende vom 19. Mai 2008 betreffend die Schaffung eines Amtes für Bildung innerhalb der Stadtverwaltung wird als erledigt von der Geschäftskontrolle des Stadtrats abgeschrieben.
- g) Der Gemeinderat wird mit dem weiteren Vollzug beauftragt.



# Stadtrat

Protokoll der 6. Sitzung vom Montag, 20. September 2010

## Abstimmung über Teil II des Beschlussesentwurfs (Bewilligung Stelle Jugendbeauftragte/r)

- Der Stadtrat beschliesst mit 32 Stimmen Ja gegen 5 Stimmen Nein (bei 0 Enthaltungen):

### II) Jugendbeauftragte/r

- a) Der Stadtrat bewilligt folgende neue unbefristete Stelle:

660.01	Jugendbeauftragte/r	50.00 %
--------	---------------------	---------

- b) Die für die neu geschaffenen personellen Ressourcen anfallenden jährlich wiederkehrenden Kosten werden zu Lasten der laufenden Rechnung wie folgt bewilligt:

■ zu Lasten Konto 601.301.10 Löhne der Mitarbeitenden	Fr.	53'950.00
■ zu Lasten Konto 601.303.10 AHV-Beiträge	Fr.	5'200.00
■ zu Lasten Konto 601.340.10 PK-Beiträge	Fr.	5'850.00
<b>Total wiederkehrend</b>	<b>Fr.</b>	<b>65'000.00</b>

- c) Für die in Ziffer b) zu beschliessenden Kredite werden zu Lasten der Laufenden Rechnung 2011 entsprechende Nachkredite bewilligt. Ab dem Jahr 2012 sind die in Ziffer b) zu beschliessenden Kredite im Voranschlag einzustellen.
- c) Zu Lasten der Laufenden Rechnung 2011, Konto 601.311.10 Mobiliar, wird ein Nachkredit von CHF 10'000.00 bewilligt.
- d) Das Postulat Greber Beatrice (SP) und Mitunterzeichnende betreffend die Schaffung und organisatorische Eingliederung der Stelle einer bzw. eines Jugendbeauftragten wird als erledigt von der Geschäftskontrolle des Stadtrats abgeschrieben.
- e) Der Gemeinderat wird mit dem weiteren Vollzug beauftragt.

## Abstimmung über Teil III des Beschlussesentwurfs (Bewilligung Stelle Sportkoordinator/in)

- Der Stadtrat beschliesst mit 30 Stimmen Ja gegen 5 Stimmen Nein (bei 2 Enthaltungen):

### III) Koordinator/in Sport

- a) Der Stadtrat bewilligt folgende neue unbefristete Stelle:

660.02	Koordinator/in Sport	40.00 %
--------	----------------------	---------

- b) Die für die neu geschaffenen personellen Ressourcen anfallenden jährlich wiederkehrenden Kosten werden zu Lasten der laufenden Rechnung wie folgt bewilligt:

■ zu Lasten Konto 601.301.10 Löhne der Mitarbeitenden	Fr.	43'160.00
■ zu Lasten Konto 601.303.10 AHV-Beiträge	Fr.	4'160.00
■ zu Lasten Konto 601.340.10 PK-Beiträge	Fr.	4'680.00
<b>Total wiederkehrend</b>	<b>Fr.</b>	<b>52'000.00</b>

- c) Für die in Ziffer b) zu beschliessenden Kredite werden zu Lasten der Laufenden Rechnung 2011 entsprechende Nachkredite bewilligt. Ab dem Jahr 2012 sind die in Ziffer b) zu beschliessenden Kredite im Voranschlag einzustellen.
- d) Zu Lasten der Laufenden Rechnung 2011, Konto 601.311.10 Mobiliar, wird ein Nachkredit von CHF 10'000.00 bewilligt.
- e) Der Gemeinderat wird mit dem weiteren Vollzug beauftragt.



# Stadtrat

Protokoll der 6. Sitzung vom Montag, 20. September 2010

---

Protokollauszug an

- Gemeinderat
-



## 2. Regionale Kulturkonferenz Langenthal (RKK); Leistungsverträge für die Subventionsperiode 2011 - 2014 betreffend das Kulturzentrum Chrämerhuus, das Museum Langenthal und das Kunsthaus Langenthal; Genehmigung

### I Eintretensfrage:

Eintreten ist unbestritten und schweigend genehmigt.

### II Detailberatung:

**Gemeinderätin Paula Schaub-Holt:** Stadtratsmitglieder würden Vorstellungen im Theater besuchen, Benutzerausweise für die Regionalbibliothek haben, sich im Ortsmuseum zu Themen wie Kelten, Porzellan oder die 50-er-Jahre weiterbilden lassen, am Wuhrplatzfest, welches durch den Kulturverein Chrämerhus organisiert werde, feiern und/oder Ausstellungen im Kunsthaus besuchen. Schliesslich begegne sich die Bevölkerung aus der ganzen Region und darüber hinaus an der KulturNacht, welche als ein kleines Merci von Seiten der Kulturhäuser an die Steuerzahlenden gedacht sei.

Die Regionale Kulturkonferenz (RKK) regle seit dem Jahr 2003 die gemeinsame partnerschaftliche Subventionierung der drei Subventionsträger (Stadt Langenthal, Kanton Bern, 18 Regionsgemeinden) für die 5 wichtigen Kulturinstitutionen (Regionalbibliothek, Stadttheater, Kunsthaus, Ortsmuseum und Kulturzentrum Chrämerhus).

Die zweite Vierjahresperiode der Subventionsverträge laufe Ende 2010 ab. Die neu erarbeiteten Verträge brauchen nun die Zustimmung sämtlicher Finanzierungsträger. Die Kulturhäuser würden enorme Arbeit leisten, worauf diese sowie die Stadt und die Region zu Recht Stolz sein dürfen. Ein paar der RKK-Verantwortlichen seien heute im Publikum anwesend. Dementsprechend wäre es eine schöne Geste, ihnen ein Dankeschön auszusprechen.

Neue Verträge brauche es, weil die Struktur der 8-jährigen Verträge dem heutigen Standard (für eine gezielte Steuerung von staatlich subventionierten Leistungen mittels Globalbeiträgen) nicht mehr entspreche. Auch soll der Leistungsauftrag der fünf Kulturhäuser dem Ist-Zustand angepasst werden, indem das Kulturangebot differenziert beschrieben und quantifiziert werde. Kulturpolitisch wichtige Leistungen, wie die Kulturvermittlung für Schulen und Jugendliche in der Stadt und der Region sowie die Publikumswirkung werden vertraglich festgelegt. Die regionale Bedeutung und Ausstrahlung der Kulturhäuser und deren besondere Angebote für die Bevölkerung werden verankert. Die Instrumente zum Steuerungs- und Leistungscontrolling, die in den heutigen Verträgen nur ansatzweise bestanden haben, werden festgelegt und terminiert.

Mittels des neuen Leistungsauftrages werde einerseits das Angebot und die Dienstleistung sowohl quantitativ als auch qualitativ einsehbar sein und andererseits werden die Publikumswirkung und die Angebote der Kultvermittlung festgelegt. Die Rechte und Pflichten der Finanzierungsträger seien weitere Themen, die spezifiziert werden. Dazu gehöre beispielsweise das Vertretungsrecht der Finanzierungsträger in den Gremien der Kulturhäuser aber auch das Einsichts- und Informationsrecht bzw. -pflicht der anderen Seite. Für die Rechnungsführung werden Parameter wie die Eigenfinanzierung, Drittmittel und Freiwilligenarbeit quantifiziert. Die Steuerungs- und Controllinggespräche zwischen den Kulturhäusern und den Finanzierungsträgern werden festgeschrieben.

Die gesamte Vorlage beinhalte eine globale Erhöhung von 5% der Subventionsbeiträge in allen fünf Kulturhäusern. Für die drei privat-rechtlich organisierten Kulturhäuser (Ortsmuseum, Kunsthaus, Kulturverein Chrämerhus), die ihren Aufwand gänzlich oder zu einem hohen Anteil mit Freiwilligenarbeit leisten, soll eine zusätzliche Erhöhung von je Fr. 20'000.00 gesprochen werden. Die Subventionsprozentsätze werden vereinheitlicht, indem die Stadt Langenthal für jedes Kulturhaus 70% des Aufwandes übernehme, die Regionsgemeinden 10%, was innerhalb des gesetzlichen Spielraums von 10 - 15% liege. Der Kanton übernehme 20% der Finanzierung mit Ausnahme des Kunsthauses. Mit der Begründung, dass das Kunsthaus eine nationale, wenn nicht sogar eine internationale Ausstrahlung habe, sei dafür ein Kantonsanteil von 40% gesprochen worden, was de facto für die Stadt Langenthal zu einer Entlastung führe.



Die Kulturinstitutionen, ebenso eine Vertretung des Kantons Bern und der Regionsgemeinden haben in Hearings bei der Erarbeitung der Verträge mitgewirkt. Die 18 Regionsgemeinden der RKK, die einen Anteil von 10% der Kosten tragen, haben den neuen Verträgen bereits zugestimmt. Besonders erwähnenswert und eine schöne Geste sei, dass die Gemeinde Rohrbach, welche die Beitragspflicht in den ersten Verträgen bis ans Bundesgericht erstritten habe, als allererste Gemeinde zugestimmt habe. Auch dies sei ein klares Zeichen dafür, dass sich die Arbeit und vor Allem die Zusammenarbeit der Kulturhäuser unter dem Dach der RKK etabliert habe und, dass diese Zusammenarbeit von der ganzen Region anerkannt werde. Dementsprechend empfehlen die vorberatenden Kommissionen und der Vorstand der RKK die Vorlage zur Annahme.

Heute Abend habe der Rat die Frage zu beantworten, ob auch die Stadt Langenthal ihren Beitrag an die neuen Verträge der RKK leisten wolle, damit auch in den nächsten vier Jahren von RKK gesprochen werden könne, was auch heisse: "Regionale Kultur Klappt!"

**Helena Morgenthaler, GPK-Präsidentin:** Das Auslaufen der geltenden Subventionsverträge Ende dieses Jahres habe den Anlass gegeben, die Verträge zu überarbeiten und den heutigen Verhältnissen anzupassen. Die Geschäftsprüfungskommission stehe dem Antrag positiv gegenüber, stelle aber fest, dass die Idee, die Subventionsansätze zu vereinheitlichen, nicht aufgehe, weil es sich bei den Institutionen um städtische Regiebetriebe als auch um private Betriebe handle. Die Geschäftsprüfungskommission bedaure, dass diesbezüglich keine Lösung gefunden worden sei.

Die Geschäftsprüfungskommission bestätige die formelle Richtigkeit der Vorlage und danke allen daran Beteiligten für die geleisteten Vorarbeiten.

**Urs Zurlinden, FDP/jll-Fraktion:** Die Kultur sei ein kostbares Gut für eine Stadt, für eine Region, für einen Kanton und für ein Land. Die Kultur zeichne den Menschen als kreatives, schöpferisches, denkendes und empfindendes Wesen aus. Kultur gefalle nicht allen gleich und nicht allen gefalle die gleiche Kultur. Das sei gut so und soll auch so bleiben. Kultur sei auf den ersten Blick eine Nonprofit-Institution. Auf den zweiten Blick sei Kultur aber sehr wohl ein Ausgabeposten, der einer Stadt wie Langenthal etwas bringe. Die Stadt profitiere von zufriedenen Bürgerinnen und Bürgern aus der ganzen Region, die im Chrämerhus, im Kunsthaus, in der Bibliothek, im Ortsmuseum und im Stadttheater eine kulturelle Vielfalt erleben können. Aus diesem Grund dürfe Kultur auch etwas kosten, was in der Finanzsprache "Return of Invest" genannt werde.

Die FDP/jll-Fraktion sage mit einer deutlichen Mehrheit Ja zu mehr Geld für die fünf Kulturinstitutionen. Die Kulturhäuser machen eine gute "Büetz" womit es sich um gut angelegtes Geld handle. Allerdings so ganz glücklich sei die Fraktion in Bezug auf drei störende Punkte nicht:

- Die Stadt Langenthal zahle mit Abstand am meisten in den RKK-Topf. Mit der vorgesehenen Fr. 1 Mio. übernehme die Stadt einen Kostenanteil von rund 70%. Der Kanton zahle 20% und die umliegenden Gemeinderat noch 10%. Die FDP/jll-Fraktion wundere sich, dass die Stadt Langenthal als letzte Gemeinde zu diesem Geschäft Stellung nehmen soll und dies einmal mehr unter Zeitdruck, weil die Übung bis Ende Jahr über die Bühne gegangen sein sollte. Alle anderen Gemeinden haben bereits Ja gesagt. Wenn Langenthal nun Nein sagen würde, wäre der Imageschaden immens. Langenthal würde als knauserige, unkultivierte Nein-Sager-Gemeinde dastehen. Das Geschäft liege seit dem 14. Oktober 2009 in praktisch unveränderter Form vor. Die FDP/jll-Fraktion habe keinen Grund gefunden, warum die Stadt Langenthal nicht als erste und wichtigste Gemeinde dazu habe Stellung nehmen können.
- Ein zentraler Punkt der Vorlage sei das Durcheinander in Bezug auf die Subventionen für die fünf betroffenen Kulturhäuser aufzulösen. Obwohl es unsinnig wäre, allen gleich viel Geld zu geben, sollen neu einigermassen einheitliche Kriterien für die Unterstützung angewendet werden können. Das sei eine sehr löbliche Absicht, weil sie der Kostentransparenz und letztlich der Kostenwahrheit diene. Nur sei das geplante Vorhaben leider auf halbem Weg stehen geblieben. So werden für einzelne Kulturhäuser (Kunstverein, das Museum) richtigerweise die Mieten ausgewiesen und der RKK in Rechnung gestellt, während für das Stadttheater, für die Bibliothek oder für das Chrämerhus offensichtlich keine Mieten fällig seien, die man der RKK in Rechnung stellen sollte und könnte.



Das heisse, dass die Stadt für diese drei Häuser zusätzlich zum ausgewiesenen Betriebsbeitrag auch noch Mieten in unbestimmter Höhe zahle, was dem anvisierten Ziel der Gleichbehandlung und vor allem der Kostentransparenz widerspreche.

- Eine andere wesentliche Neuerung bestehe darin, dass die fünf Kulturhäuser mittels ausgehandelten Leistungsvereinbarungen in die Pflicht genommen werden. Sich zu überlegen, wie viel Publikum angesprochen werden möchte, was man sich für die Kulturvermittlung vorgenommen habe, wie man sich selber kulturell positionieren wolle, sei an sich eine gute Sache. Auch die Kulturinstitutionen sollen sich ab und zu Gedanken machen, wie sie sich im Markt positionieren und Erfolg haben wollen. Kulturtätige seien nicht Seiltänzer in einem luftleeren Raum; sie wollen geachtet und beachtet werden wie jeder andere Berufstätige auch. Der Ruf nach einem Leistungsausweis sollte aber nicht dazu führen, dass nur noch nach dem Publikumsgeschmack gearbeitet werde und somit nur noch Operetten aufgeführt werden, weil die klar am meisten Zuschauer bringen. Auch sollte nicht nur noch geschmäckerische Kunst ausgestellt werden, um möglichst vielen zu gefallen und um nirgends anzuecken, was der Anfang vom Ende der künstlerischen Freiheit und der Kreativität wäre.

Die Kunst und die Kunstvermittlung brauche auch Freiräume ohne Leistungsverträge. Nur so könne sie sich entfalten und Langenthal zu einem eigenen kulturellen Innenleben verhelfen. Die FDP/jll-Fraktion sei zuversichtlich, dass das gelinge und stimme der Vorlage zu.

**Nathalie Scheibli, SP/GL-Fraktion:** Die SP/GL-Fraktion habe das Geschäft behandelt und für gut befunden. Die SP/GL-Fraktion freue sich, dass es in Langenthal Kulturinstitutionen gebe, die sogar überregional wahrgenommen werden. Nach acht Jahren sei es an der Zeit, die Verträge und die Höhe der Subventionsbeiträge anzupassen. Die SP/GL-Fraktion begrüsse es, dass die Überarbeitung der Verträge so ausführlich vorgenommen worden sei, dass nun auch ein Controlling möglich sei. Der SP/GL-Fraktion erscheine es wichtig, dass sich das Angebot mit dem gesellschaftlichen Wandel zeitgemäss verändern könne. Die SP/GL-Fraktion stimme den RKK-Leistungsverträgen sowie den finanziellen Veränderungen einstimmig zu und wünsche den Mitarbeitenden der Kulturinstitutionen weiterhin viel Motivation und Energie, um auch in Zukunft ein so vielseitiges Programm präsentieren zu können.

**Anita Steiner-Thaler, EVP/glp-Fraktion:** Kunst und Kultur sei etwas Wichtiges und Wertvolles, so dass es sich lohne ein paar Worte darüber zu verlieren. Ihr Votum einleitend, zitiere sie Pipilotti Rist: *"Die Gesellschaft hat eine Verantwortung gegenüber der Kultur. Und da wir nicht mehr in Monarchien leben, müssen die Künste auch staatlich gefördert werden."*

In Langenthal werde engagiert vielseitige Kunst und Kultur mit nationaler Ausstrahlung betrieben. Kunstförderung soll auch in Zukunft gewährleistet werden. Der Stadtrat sei mitverantwortlich, dass den Einwohnerinnen und Einwohnern des Oberaargaus in Langenthal prägende Kunstbegegnungen angeboten werden. Auch Jugendliche und Kinder sollen vermehrt mit Kulturangeboten angesprochen werden. In diesem Sinne leiste die Regionale Kulturkonferenz Langenthal seit dem Jahr 2003 vorbildliche und kulturfördernde Arbeit.

Der RKK-Vertrag sei ein Garant für Kontinuität und Nachhaltigkeit. Dadurch werde das kulturelle Leben in Langenthal bereichert. Die EVP/glp-Fraktion erachte es als positiv, dass die Kulturangebote publikumswirksamer werden sollen und ebenso mit Schulen mehr zusammen gearbeitet werden soll. Zudem sei es sinnvoll, die neuen ausführlichen Verträge als Grundlage für das Controllinggespräch zu verwenden. Die EVP/glp-Fraktion sei der Ansicht, dass die bereinigten Verträge auch gut in eventuell neue Strukturen integriert werden könnten.

Die EVP/glp-Fraktion unterstütze die Subventionserhöhung der privat-rechtlichen Kulturhäuser und genehmige die erforderlichen Nachkredite sowie die Leistungsverträge. Die RKK-Leistungsverträge seien durch den Arbeitsausschuss der RKK sorgfältig überarbeitet und ergänzt worden. Besonderer Dank gebühre dafür Frau Gemeinderätin Paula Schaub-Holt und der Fachbereichsleiterin Kultur, Marianne Hauser Haupt. Die EVP/glp-Fraktion danke ebenso den Langenthaler Kulturinstitutionen für ihr ansprechendes, vielseitiges und kulturförderndes Engagement und wünsche alle Kunst- und Kulturanbietenden weiterhin viel Erfolg, Nachhaltigkeit und Kreativität.



**Beatrice Lüthi:** All die schönen, schon gesprochenen Worte zur Vorlage, seien auch schon fast Kultur. Sie sei offen gestanden materiell ganz der Meinung, dass es eine gute Sache sei und trotzdem laute ihre Kurzzusammenfassung für das Traktandum Nr. 2: *"Verkehrte Welt!"*. Der Grund sei der, dass am 14. Oktober 2009 das Schreiben der RKK gekommen sei. Seit damals habe man gewusst, dass die Verträge spätestens per Ende 2010 auslaufen werden. Am 15. Juni 2010 hätten bereits 15 von 18 Gemeinden die Verträge schon gutgeheissen. Am 23. August 2010 habe der Langenthaler Stadtrat das Budget 2011 in einer ersten Lesung beraten, aber von einer RKK und von Verträgen und von Fr. 41'000.00 sei nichts zu hören gewesen. Am 25. August 2010 habe der Gemeinderat dem Stadtrat beantragt, einen Nachkredit für die Laufende Rechnung 2011 im Betrag von Fr. 41'090.00 zu beschliessen. Und heute sei es nun tatsächlich so, dass das Traktandum Nr. 2 aus dem Nachkredit bestehe und als Traktandum Nr. 3 dann das Budget 2011 behandelt werde, wobei der Nachkredit aber dann trotzdem nicht im Budget 2011 enthalten sein werde.

Ob man es glaube oder nicht, sei sie sehr pragmatisch und sehr lösungsorientiert. Dementsprechend erachte sie die vorliegende Sache als ein "Gewurstel" und nicht pragmatisch. Sie könne deshalb - unabhängig des eigentlichen Inhalts des vorliegenden Geschäftes - die Vorlage nicht mehr unterstützen und oute sich hiermit als knauserige, unkultivierte Nein-Sagerin. Sie denke, dass wenigstens ein vorgängiges Wort darüber zu verlieren und der Einschluss ins Budget nicht so ausgeschlossen gewesen wäre.

**Patrick Freudiger:** Die RKK-Leistungsverträge seien nicht in Globo, sondern einzeln zu genehmigen. **Er beantrage deshalb über die drei RKK-Leistungsverträge (Stiftung Museum Langenthal; Verein Kulturzentrum Chrämmerhuus; Kunstverein Oberaargau) im Beschlussespunkt 1 einzeln abzustimmen**, weil der Beschlussespunkt 1 eine Päcklilösung sei, worin RKK-Leistungsverträge für verschiedene kulturelle Institutionen genehmigt würden, die seines Erachtens nicht die gleiche Akzeptanz haben. In aller Deutlichkeit halte er fest, sofort bereit zu sein, den RKK Leistungsvertrag mit dem Museum zu genehmigen sowie den entsprechenden Nachkredit dafür zu sprechen. Etwas mehr Mühe habe er mit dem Leistungsvertrag betreffend den Kunstverein.

Im Traktandum Nr. 1 (Amt für Bildung, Kultur und Sport; Schaffung der organisationsrechtlichen Grundlagen, Bewilligung der personellen Ressourcen und der Finanzierung) der heutigen Sitzung sei zu Recht die Arbeit der Vereine und das sehr aktive Vereinsleben in Langenthal gelobt worden. Was aber vielleicht viele nicht wissen sei, dass die meisten Vereine in Langenthal Vereinsbeiträge der Stadt zwischen ein paar hundert oder tausend Franken erhalten. Als Mitglied des Stadturnvereins sei ihm bekannt, dass die Vereinsmitgliederbeiträge bei etwa Fr. 200.00 pro Jahr liegen. Diese Beiträge seien so hoch, um die Hallenmiete finanzieren zu können, was in der Verantwortung der Mitglieder sei. Damit würden Aktivitäten stattfinden können, die auch den Jugendlichen nützen. Das heisse also, dass Vereine, die auch etwas zur Kultur beitragen - die im Übrigen nicht nur von Leuten gemacht werde, die den Dokortitel tragen, sondern auch von Leuten wie "du und ich" - wenig Vereinsbeiträge der Stadt erhalten.

Einerseits gelte nun zu bedenken, was all diese Vereine leisten, die eben nicht so viel an Subventionen erhalten. Andererseits gebe es den Kunstverein, der allein von der Stadt Langenthal mit rund Fr. 120'00.00 pro Jahr subventioniert werde. Seiner Meinung nach sei es nicht übertrieben zu sagen, dass die Subvention an den Kunstverein unter der Art einer besonderen Rechtfertigung stehe. Wenn man sich nun auch noch die passierten Fakten in Erinnerung rufe, dass der Langenthaler Kunstverein das Choufhüsi mit einem Minarett und das Langenthaler Porzellan zum Nazikreuz verunstaltet habe, sei die zumutbare Grenze nicht nur erreicht, sondern eben überschritten. Wenn die Subventionen für einen Kulturverein so hoch seien, sollte insbesondere die Öffentlichkeit gewisse Einflussmöglichkeiten haben. Angesichts dieser finanziellen Unterstützung stelle es seiner Meinung nach für die Öffentlichkeit eine Zumutung dar, einfach alles hinnehmen zu müssen. Dass im Leistungsvertrag mit dem Kunstverein kein Vetorecht der Stadt enthalten sei, womit die Stadt Langenthal die Möglichkeit hätte zu sagen: *"Das geht zu weit gehe und kann gegenüber dem Steuerzahler nicht vertreten werden!"* empfinde er deshalb als Defizit. Stadträtin Anita Steiner habe vorhin Pipilotti Rist zitiert. Demgegenüber habe der auch nicht ganz unbekannte Ephraim Kishon einmal gesagt, dass was heute alles als Kunst durchgehe, er für eine gefährliche Art von Massenpsychose halte.



## Stadtrat

Protokoll der 6. Sitzung vom Montag, 20. September 2010

Zurückkommend auf seinen Antrag finde er es richtig, wenn die Öffentlichkeit viel zahle, ihr auch ein gewisser Einfluss zustehen müsse. Wie Gemeinderätin Paula Schaub-Holt sei auch er für RKK und somit "Regionale Kultur Klappt". Wenn dabei aber einfach die total Narrenfreiheit zugelassen werde, dann führe dies zum einem Regionalen Kultur-Kollaps, was wahrscheinlich von niemandem gewollt werde.

**Gemeinderätin Paula Schaub-Holt:** Im Sinne von "wehret den Anfängen einer Kulturzensur oder einem Eingriff in die inhaltliche Gestaltung der Kultur" und im Hinblick darauf, dass dies in der Geschichte schon vorgekommen sei, rate sie von einer Unterstützung des Antrages von Stadtrat Patrick Freudiger ab.

Mit dem Votum von Stadtrat Patrick Freudiger und demjenigen von Stadtrat Urs Zurlinden, welcher befürchte, dass die Kultur durch Verträge zu fest eingeschränkt werden könnte, werde die Spannung und die unterschiedliche Wahrnehmung des Themas ersichtlich.

Was das Votum von Stadträtin Beatrice Lüthi in Bezug auf die Finanzierung betreffe, gebe sie zu bedenken, dass die entsprechenden Informationen aus dem Bereich Kultur frühzeitig vorliegend gewesen seien, Budgetrelevantes aber nur eingespiessen werden dürfe, was bereits rechtskräftig entschieden sei. Bereits in den Budgetunterlagen sei ein Memo des Finanzamtes enthalten gewesen, worin die Erhöhung der RKK-Verträge thematisiert worden sei. Auch in der Steuerfussdebatte sei von verschiedenen Seiten eingebracht worden, dass sich zusätzlich laufende Ausgaben in der Pipeline befinden und auch die Erhöhung in Bezug auf die RKK-Verträge sei explizit erwähnt worden. Dementsprechend sei alles, was möglich gewesen sei, eingespiessen worden.

Zur Frage von Stadtrat Urs Zurlinden, wieso die Stadt Langenthal als letzte Gemeinde entscheide, halte sie vorgängig fest, dass die Stadt Langenthal als zweitletzte Vertragspartnerin entscheide, da der Kanton auch noch darüber zu beschliessen habe. Der Antrag der RKK sei an sämtliche Finanzierungsträger gleichzeitig gestellt worden. Da in den verschiedenen Gemeinden aber unterschiedliche Systeme (Finanzkompetenzen) zur Anwendung kommen, habe die Erhöhung in einigen Gemeinden vom Gemeinderat innert Wochen- oder Monatsfrist entschieden werden können, wogegen es in anderen Gemeinden dazu Gemeindeversammlungen gebraucht habe - die meisten hätten zwischen Mai und Juni stattgefunden, andere würden erst im November stattfinden. Dies und die Tatsache, dass die Verträge in Langenthal vorberatende Kommissionen habe durchlaufen müssen, habe dazu geführt, dass diese Gemeinden viel schneller dort angelangt seien, wo sich die Stadt Langenthal erst heute befinde. Die Entscheidung zum jetzigen Zeitpunkt sei also nur dadurch bedingt, dass die Stadt Langenthal als Parlamentsgemeinde anders strukturiert sei. Die Vermutung, dass damit jemand unter Zeitdruck gesetzt werden soll, treffe nicht zu. Aus persönlicher Erfahrung könne sie diese Befindlichkeit jedoch gut nachvollziehen, weil sie vor acht Jahren selber auf einem Stadtratsplatz gesessen habe. Damals - bei den ersten RKK-Verträgen - sei die Situation genau die gleiche gewesen und auch damals sei es systembedingt gewesen.

Was den Prozentsatz der Subventionierung betreffe, gebe sie zu bedenken, dass vor der Einführung der RKK die Stadt Langenthal 100% an die Kulturhäuser bezahlt habe. Der Kanton habe geleistet und leiste kantonsweit einen Beitragssatz von 20%. Obwohl auch von Seiten des Kantons ein Mitbedürfnis an der Vereinheitlichung der Beitragssätze vorhanden sei, bestehe diesbezüglich kein Spielraum. Auch die Auseinandersetzung mit der Frage, ob man es politisch hätte ausreizen sollen bei den Regionsgemeinden den Beitragssatz zu erhöhen und damit zu riskieren die Verträge zu gefährden, mache ersichtlich, wie und ob überhaupt Spielraum vorhanden sei.

Was die Anmerkung von Stadtrat Urs Zurlinden zu den Mietverträgen betreffe, weise sie darauf hin, dass Verträge angepasst werden können. Niemand sage, dass heute vom Stadtrat verabschiedete Verträge wieder acht Jahre eine unangepasste oder unveränderte Gültigkeit haben müssen. Persönlich sei auch sie der Meinung, dass spätestens nach der Renovation des Stadttheaters der Mietaufwand ein Thema sein sollte. Wie viele Jahre es noch dauern werde, bis das Stadttheater renoviert sei, liege aber nicht zuletzt auch in der Hand des Stadtrates.



# Stadtrat

Protokoll der 6. Sitzung vom Montag, 20. September 2010

**Stadtratspräsident Christoph Kuert** bittet um Abgabe der Stimme zum Antrag von Stadtrat Patrick Freudiger (über die drei RKK-Leistungsverträge [Stiftung Museum Langenthal; Verein Kulturzentrum Chrämerhuus; Kunstverein Oberaargau] im Beschlussespunkt 1 einzeln abzustimmen):

- **Der Stadtrat lehnt den Antrag (über die drei Leistungsverträge [Stiftung Museum Langenthal; Verein Kulturzentrum Chrämerhuus; Kunstverein Oberaargau] im Beschlussespunkt 1 einzeln abzustimmen) von Stadtrat Patrick Freudiger mit 30 Stimmen Nein gegen 4 Stimmen Ja (bei 3 Enthaltungen) ab.**

### III Abstimmung:

**Der Stadtrat beschliesst mit 34 Stimmen Ja gegen 2 Stimmen Nein (bei 1 Enthaltung) unter Vorbehalt des fakultativen Referendums:**

1. Die überarbeiteten RKK-Leistungsverträge betreffend die Stiftung Museum Langenthal, den Verein Kulturzentrum Chrämerhuus und den Kunstverein Oberaargau (Entwürfe vom 23. März 2010) werden genehmigt.
2. Die hierfür erforderlichen Nachkredite zu Lasten der Laufenden Rechnung 2011 werden wie folgt bewilligt:

■ Kulturzentrum Chrämerhuus, zulasten Konto 176.365.00, Betriebskostenbeitrag	Fr. 14'461.00
■ Museum Langenthal, zu Lasten Konto 175.365.01, Betriebskostenbeitrag	Fr. 26'629.00
<b>Total</b>	<b>Fr. 41'090.00</b>
3. Ab dem Jahr 2012 werden die veränderten Beiträge in den Voranschlag der Laufenden Rechnung aufgenommen.
4. Der Gemeinderat wird ermächtigt, im Falle der Zustimmung der Vertragspartner zu den neuen RKK-Leistungsverträgen die bisherigen bis Ende 2010 gültigen Verträge zu kündigen.

---

Protokollauszug an

- Gemeinderat
-



### 3. **Gemeindevoranschlag 2011; Verabschiedung der Botschaft zu Händen der Volksabstimmung vom 27./28. November 2010**

#### **I Eintretensfrage:**

Eintreten ist unbestritten und schweigend genehmigt.

#### **II Detailberatung:**

**Stadtratspräsident Christoph Kuert:** Anlässlich der letzten Sitzung (23. August 2010) habe der Stadtrat beschlossen, den Botschaftstext zum Gemeindevoranschlag 2011 in einer zweiten Lesung zu Händen der Volksabstimmung vom 27./28. November 2010 zu verabschieden. Insbesondere da im Botschaftstext an die Stimmbürgerinnen und Stimmbürger das Kapitel 6 "Beratungen im Stadtrat" noch habe offen gelassen und überarbeitet werden müssen. Unterdessen habe das Stadtratssekretariat die Beratungen des Stadtrats vom 23. August 2010 anhand des Ratsprotokolls in den vorliegenden Botschaftstextentwurf vom 31. August 2010 übertragen (Seiten 20 - 23), womit die Beratung noch einmal aufgenommen werden könne.

**Stadtratspräsident Christoph Kuert** stellt zu Händen des Protokolls fest, dass das Wort weder vom Gemeinderat noch von einer der vorberatenden Kommissionen verlangt wird.

**Anna Aeberhard, SP/GL-Fraktion:** Unter der Anmerkung, persönlich und zugegebenermassen in den Vorjahren nicht so viel von der Thematik verstanden zu haben, Dank ihrer Mitgliedschaft in der Finanzkommission nun aber Verständnis für das Budget entwickelt zu haben, würdige sie als erstes im Namen der SP/GL-Fraktion den Botschaftstext als Ganzes, bevor sie genauer auf den Punkt "6. Beratungen im Stadtrat" eingehe. Der Botschaftstext sei klar, kurz und verständlich verfasst, wofür sie der Finanzverwaltung danke.

Die in der Stadtratssitzung vom 23. August 2010 geführte Diskussion sei in Punkt "6. Beratungen im Stadtrat" ausführlich und genau wiedergegeben. Auffallend sei die doppelte Beschreibung des Abschreibungsmodells, was allerdings aufgrund der Komplexität des Sachverhalts wahrscheinlich gut so sei. Allenfalls liesse sich auch darüber diskutieren, ob die Ausführungen nicht zu lange und zu ausführlich ausgefallen seien. Die SP/GL Fraktion sei aber der Meinung, dass die Langenthaler Wählerinnen und Wähler ein Recht auf diese ausführliche Wiedergabe der Diskussion im Stadtrat haben.

Den 10 Pro-Argumenten stehen 6 Kontra-Argumente gegenüber. Sich davor hütend, etwas zu den pro Argumenten zu sagen, stelle sie jedoch einen Antrag die Kontra Argumente betreffend: **Im Namen der SP/GL Fraktion beantrage sie den letzten Satz im ersten Abschnitt der Seite 22 zu streichen bzw. als eigenen Absatz dargestellt neu zu formulieren:**



Botschaftsentwurf vom 31. August 2010

Antrag Anna Aeberhard, SP/GL-Fraktion:

Die **Argumente der die vorgesehene Senkung der Steueranlage von 1,43 auf 1,38 ablehnenden Minderheit** können wie folgt zusammengefasst werden:

- Auf die Stadt Langenthal kommen neue, jährlich wiederkehrende Kosten zu, die nicht in den Voranschlag der laufenden Rechnung 2011 eingeflossen sind. Beispielsweise ist an die jährlichen Unterstützungsbeiträge an die KEB AG von über Fr. 500'000.00, an die Kosten von rund Fr. 250'000.00 des neu zu schaffenden Amtes für Bildung, Kultur und Sport, an die Mehraufwendungen in der Höhe von jährlich rund Fr. 60'000.00 im Zusammenhang mit der neuen Regelung der Regionalen Kulturkonferenz (RKK) oder an den bereits beschlossenen Ausbau des kommunalen öffentlichen Verkehrs (jährlich Fr. 100'000.00; Viertelstundentakt) zu denken. Diese Projekte sind zwar noch nicht alle bewilligt, jedoch zum Teil vom Stadtrat bereits zu Händen der Stimmberechtigten verabschiedet (KEB AG), oder aber die Vorlagen basieren auf vom Stadtrat überwiesenen Motionen (Amt für Bildung, Kultur und Sport). Insgesamt machen diese Mehrausgaben ungefähr den Betrag der vorgeschlagenen Steuersenkung aus.

Die **Argumente der die vorgesehene Senkung der Steueranlage von 1,43 auf 1,38 ablehnenden Minderheit** können wie folgt zusammengefasst werden:

- Auf die Stadt Langenthal kommen neue, jährlich wiederkehrende Kosten zu, die nicht in den Voranschlag der laufenden Rechnung 2011 eingeflossen sind. Beispielsweise ist an die jährlichen Unterstützungsbeiträge an die KEB AG von über Fr. 500'000.00, an die Kosten von rund Fr. 250'000.00 des neu zu schaffenden Amtes für Bildung, Kultur und Sport, an die Mehraufwendungen in der Höhe von jährlich rund Fr. 60'000.00 im Zusammenhang mit der neuen Regelung der Regionalen Kulturkonferenz (RKK) oder an den bereits beschlossenen Ausbau des kommunalen öffentlichen Verkehrs (jährlich Fr. 100'000.00; Viertelstundentakt) zu denken. Diese Projekte sind zwar noch nicht alle bewilligt, jedoch zum Teil vom Stadtrat bereits zu Händen der Stimmberechtigten verabschiedet (KEB AG), oder aber die Vorlagen basieren auf vom Stadtrat überwiesenen Motionen (Amt für Bildung, Kultur und Sport). ~~Insgesamt machen diese Mehrausgaben ungefähr den Betrag der vorgeschlagenen Steuersenkung aus.~~
  - **Alle oben erwähnten Projekte machen Mehrausgaben von ungefähr dem Betrag der Steuersenkung aus.**

Als Argument, dass auch die Budgetbefürworter dieser Änderung zustimmen können, führe sie an, dass die Darstellung der Pro-Argumente:

1. übersichtlicher abgefasst sei
2. genau solche Mehrausführungen von ähnlichen Punkten enthalte (wie beispielsweise die Finanzstrategie oder die Steuersenkung).

Ausserdem seien heute Abend (im Traktandum Nr. 1 + Traktandum Nr. 2) rund Fr. 363'000.00 wiederkehrende Ausgaben im Stadtrat bereits beschlossen worden. Das heisse, dass 1/3 der erwähnten Mehrausgaben zum Zeitpunkt der Abstimmung voraussichtlich rechtskräftig sein werden. In diesem Sinne hoffe sie auf Unterstützung des Antrages.

**Beat Sterchi:** Da nun schon einmal die Rede von Sachen sei, die in den Botschaftstext hineingehören, die fehlen oder darin nicht enthalten seien, weise er auf die Darstellung der Seite 15 ("4. Integration Voranschlag 2011: Stadt und Industrielle Betriebe) hin, die immer noch nicht gültige IBL-Zahlen enthalte. Er finde dieses Vorgehen erstaunlich und fraglich. Vor Allem sei ihm nicht ganz wohl dabei und er bezweifle, ob es richtig sei, heute einen Botschaftstext verabschieden zu müssen, worin die Zahlen der IBL fehlen, obwohl es ihm verständlich sei, dass die Industriellen Betriebe die Zahlen noch nicht geliefert haben, weil diese nach einem von der Stadt Langenthal abweichenden Rhythmus budgetieren. Er bitte um Beantwortung der Frage, wann diese Zahlen geliefert werden bzw. ob die Zahlen bis zur Drucklegung der Botschaft vorliegen werden.



**Stadtschreiber Daniel Steiner:** Der Verwaltung würden die IBL-Zahlen seit letztem Freitag (17. September 2010) vorliegen. Eine rechtzeitige Verteilung und Integration in den vorliegenden Botschaftstext sei somit nicht möglich gewesen. Die Zahlen seien in den Akten vorhanden und könnten selbstverständlich noch während der Sitzung eingesehen werden. Im Zusammenhang mit der Terminplanung der IBL - zu der die Stadt nichts beitragen könne - stelle sich dieses Problem jedes Jahr.

**Stadtratspräsident Christoph Kuert** ordnet an, die IBL-Zahlen (Zusammenstellung/A4-Blatt) zur Information unter den Mitgliedern des Stadtrates zirkulieren zu lassen.

**Daniel Steiner:** Da man nun schon am Abändern von Details im Botschaftstext sei, bitte er das Redaktionsteam die auf Seite 22 erwähnten Beiträge an die KEB AG, die Kosten des Amtes für Bildung, Kultur und Sport, die Mehraufwendungen an die RKK und die Kosten für den beschlossenen Ausbau des öffentlichen Verkehrs mit den mittlerweile beschlossenen und bekannten Werten zu ersetzen. Die Kosten von rund Fr. 250'000.00 für das neue Amt für Bildung, Kultur und Sport seien gemäss heutigem Beschluss beispielsweise mit Fr. 322'000.00 zu ersetzen.

Botschaftsentwurf vom 31. August 2010	Bitte zur redaktionellen Anpassung von Daniel Steiner:
<p>Die <b>Argumente der die vorgesehene Senkung der Steueranlage von 1,43 auf 1,38 ablehnenden Minderheit</b> können wie folgt zusammengefasst werden:</p> <ul style="list-style-type: none"><li>■ Auf die Stadt Langenthal kommen neue, jährlich wiederkehrende Kosten zu, die nicht in den Vorschlag der laufenden Rechnung 2011 eingeflossen sind. Beispielsweise ist an die jährlichen Unterstützungsbeiträge an die KEB AG von über Fr. 500'000.00, an die Kosten von rund Fr. 250'000.00 des neu zu schaffenden Amtes für Bildung, Kultur und Sport, an die Mehraufwendungen in der Höhe von jährlich rund Fr. 60'000.00 im Zusammenhang mit der neuen Regelung der Regionalen Kulturkonferenz (RKK) oder an den bereits beschlossenen Ausbau des kommunalen öffentlichen Verkehrs (jährlich Fr. 100'000.00; Viertelstudentakt) zu denken. Diese Projekte sind zwar noch nicht alle bewilligt, jedoch zum Teil vom Stadtrat bereits zu Händen der Stimmberechtigten verabschiedet (KEB AG), oder aber die Vorlagen basieren auf vom Stadtrat überwiesenen Motionen (Amt für Bildung, Kultur und Sport). Insgesamt machen diese Mehrausgaben ungefähr den Betrag der vorgeschlagenen Steuersenkung aus.</li></ul>	<p>Die <b>Argumente der die vorgesehene Senkung der Steueranlage von 1,43 auf 1,38 ablehnenden Minderheit</b> können wie folgt zusammengefasst werden:</p> <ul style="list-style-type: none"><li>■ Auf die Stadt Langenthal kommen neue, jährlich wiederkehrende Kosten zu, die nicht in den Vorschlag der laufenden Rechnung 2011 eingeflossen sind. Beispielsweise ist an die jährlichen Unterstützungsbeiträge an die KEB AG von Fr. 607'000.00, an die Kosten von Fr. 322'000.00 des neu zu schaffenden Amtes für Bildung, Kultur und Sport, an die Mehraufwendungen in der Höhe von jährlich rund Fr. 40'000.00 im Zusammenhang mit der neuen Regelung der Regionalen Kulturkonferenz (RKK) oder an den bereits beschlossenen Ausbau des kommunalen öffentlichen Verkehrs (jährlich <b>rund</b> Fr. 100'000.00; Viertelstudentakt) zu denken. Diese Projekte sind zwar noch nicht alle bewilligt, jedoch zum Teil vom Stadtrat bereits zu Händen der Stimmberechtigten verabschiedet (KEB AG), oder aber die Vorlagen basieren auf vom Stadtrat überwiesenen Motionen (Amt für Bildung, Kultur und Sport). Insgesamt machen diese Mehrausgaben ungefähr den Betrag der vorgeschlagenen Steuersenkung aus.</li></ul>

**Stadtratspräsident Christoph Kuert** bittet um die Abgabe der Stimme zum Änderungsantrag von Stadträtin Anna Aeberhard, SP/GL-Fraktion (Seite 22: Streichung des letzten Satzes im ersten Abschnitt bzw. Neuformulierung als eigener Absatz):

- **Der Stadtrat stimmt dem Änderungsantrag** (Seite 22: Streichung des letzten Satzes im ersten Abschnitt bzw. Neuformulierung als eigener Absatz) **von Stadträtin Anna Aeberhard der SP/GL-Fraktion mit 22 Stimmen Ja gegen 7 Stimmen Nein (bei 8 Enthaltungen) zu.**



# Stadtrat

Protokoll der 6. Sitzung vom Montag, 20. September 2010

**Stadtratspräsident Christoph Kuert** bittet Stadtrat Daniel Steiner im Sinne der Klarheit seinen Änderungsantrag noch einmal zu wiederholen und genau zu formulieren, welche Beträge er korrigiert haben möchte.

**Daniel Steiner:** Im Glauben, dass es keine grosse Sache sei, beispielsweise den Betrag betreffend das Amt für Bildung, Kultur und Sport von Fr. 250'000.00 mit Fr. 322'000.00 zu ersetzen, habe er auf eine Antragstellung verzichtet. Da diese Mehrausgabe von rund Fr. 70'000.00 nicht unwesentlich sei, erachte er diese Anpassung aber als angebracht.

**Stadtratspräsident Christoph Kuert** stellt zu Händen des Protokolls fest, den Wunsch von Stadtrat Daniel Steiner klar als Antrag zu verstehen und zu behandeln und bittet um die Abgabe der Stimme zum Änderungsantrag (Seite 22: Aktualisierung der Frankenwerte) von Stadtrat Daniel Steiner:

- **Der Stadtrat stimmt dem Antrag** (Seite 22: Aktualisierung der Frankenwerte) **von Stadtrat Daniel Steiner mit 26 Stimmen Ja gegen 3 Stimmen Nein (bei 8 Enthaltungen) zu.**

### III Abstimmung:

**Der Stadtrat beschliesst mit 37 Stimmen Ja gegen 0 Stimmen Nein (bei 0 Enthaltungen):**

1. **Der Entwurf der Abstimmungsbotschaft vom 31. August 2010 wird unter Berücksichtigung der beschlossenen Änderungen genehmigt.**
2. **Der Gemeinderat wird mit dem weiteren Vollzug beauftragt.**

---

Protokollauszug an

- Gemeinderat
-



#### 4. Motion Steiner Daniel (EVP) und Mitunterzeichnende vom 28. Juni 2010: Lockerung der bestehenden Amtszeitbeschränkung für die Mitglieder des Gemeinderates; Stellungnahme

##### I Eintretensfrage:

Eintreten ist unbestritten und schweigend genehmigt.

##### II Detailberatung:

**Stadtpräsident Thomas Rufener:** Der Gemeinderat nehme zur vorliegenden Motion zustimmend Stellung. Der Motionär verlange, dass eine Vorlage ausgearbeitet werde, welche die Lockerung des heute bestehenden Systems der Amtszeitbeschränkung für die Gemeinderäte von acht Jahren beinhalte. Das heisse, dass eine Vorlage und die erforderlichen rechtlichen Grundlagen zu erarbeiten seien, um allenfalls einen Schritt in Richtung Lockerung zu machen. Der Gemeinderat gehe davon aus, dass der Motionär die Motion absoluter hätte formulieren können, indem beispielsweise verlangt worden wäre, die bisherigen acht Jahre Amtszeitbeschränkung auf zwölf Jahre auszudehnen oder unbeschränkt offen zu lassen. Das Anliegen leite einen demokratischen Prozess ein, denn wenn die Vorlage ausgearbeitet würde, der Stadtrat Gelegenheit erhalte, sich dazu zu äussern.

Der Gemeinderat habe das Thema - fast zwangsläufig - auch im Rahmen der laufenden Regierungsreorganisation behandelt. Die Fragen dazu seien bis jetzt weder positiv noch negativ beantwortet. Die Frage der Amtsdauer stehe somit im heutigen Zeitpunkt zur Debatte, wobei die Haltung noch offen sei. Wenn der Gemeinderat die Motion zur Ablehnung empfehlen würde, müsste er diesbezüglich eine klare Haltung einnehmen.

Der Gemeinderat nehme zur Kenntnis, dass acht Jahre Amtszeitbeschränkung nur in sehr wenigen Gemeinden im Kanton Bern gelte. Die im Motionstext enthaltene Auflistung sage dies aus. 3 Amtsperioden oder 12 Jahre Amtszeit seien relativ verbreitet. Gemeinden, in denen sich die Mitglieder des Gemeinderates unbeschränkt zur Wiederwahl stellen können, gebe es ebenfalls.

Der Gemeinderat stelle zudem auch fest, dass bei einer allfälligen Lockerung der Amtszeitbeschränkung, die Wirkung auf neu zu wählende Gemeinderäte und Gemeinderätinnen zu regeln wäre und für die bestehenden Mitglieder des Gemeinderates zusätzliche Übergangsbestimmungen definiert werden müssten, um die Wirkung des Wann und Wie der Änderung festzulegen.

Selbstverständlich könne man in guten Treuen für Lockerungen sein. Lockerungen verstehe er im Sinne von Verlängerungen - ausgehend vom Tatbestand, dass eine gewisse Erfahrung und die Einarbeitung in ein Amt mit acht Jahren oder zwei Amtsperioden relativ eng bemessen sei und auch, dass das letzte Jahr bereits wieder ein Wahljahr sei und dazwischen auch ein Wahljahr stattgefunden habe. Auf der anderen Seite werde geltend gemacht, dass eine Amtszeitbeschränkung von acht Jahren einen gewissen Umtrieb im politischen System gewährleiste. Welche Meinung eingenommen werde, hänge vom politischen Standpunkt ab.

Es gehe nun nicht darum etwas zu bestimmen, was künftig sein müsse, sondern darum, rechtliche Grundlagen zu erarbeiten, um eine allfällige Lockerung danach auch umsetzen zu können.

**Daniel Steiner:** Einleitend bitte er einen genauen Blick auf den Motionstext zu werfen, über welchen am heutigen Abend zu entscheiden sei: *"Der Gemeinderat wird beauftragt, die erforderlichen rechtlichen Grundlagen für eine Lockerung der bestehenden Amtszeitbeschränkung für die Mitglieder des Gemeinderates -- mit Ausnahme der Stadtpräsidentin oder des Stadtpräsidenten -- zu erarbeiten."* Der Motionstext sei bewusst offen formuliert worden und fordere einzig und allein eine Lockerung der bestehenden Amtszeitbeschränkung für die Mitglieder des Gemeinderates. Die Motion lasse somit offen, innerhalb welcher zeitlichen Frist bzw. mit welchen Übergangsregelungen diese Lockerung passieren soll. Der Motionstext lege nicht fest, ob diese Lockerung bereits für die nächsten Wahlen gelten soll oder nicht. Die Motion lasse auch offen, wie die Lockerung ausgestaltet sein soll, wobei diverse Varianten zur Diskussion stehen: Denkbar sei

- die Amtsdauer auf 3x 4 Jahre zu erhöhen
- die Regelungen beim Nachrücken während der Legislatur zu revidieren
- die Dauer der Legislatur auf 5 Jahre oder 2x5 Jahre zu erhöhen



Es gehe somit in der Motion nicht nur um die Frage, ob acht Jahre für die Mitglieder des Gemeinderates genug seien, sondern es gehe um den gesamten Themenbereich der Wiederwählbarkeit von Gemeinderatsmitgliedern. Als Motionär bitte er eindringlich darum, bei der Diskussion den vorliegenden Motionstext zu beachten und nicht bereits irgendwelche Interpretationen anzustellen oder Umsetzungsvarianten durchzuspielen, da über den Motionstext und nicht über irgendwelche Vermutungen abgestimmt werden soll.

Er glaube, dass für die Meinungsbildung zur vorliegenden Motion zwei Ebenen angesprochen seien:

## ■ Die parteipolitische Betroffenheit

Kurz vor der Mitte einer Legislatur sei der Zeitpunkt richtig, um über die Frage der Amtszeitbeschränkung zu diskutieren. Die Frage könne heute noch ohne wahlkampfaktisches Geplänkel diskutiert werden. Die Umsetzung einer neuen Regelung wäre - falls gewünscht - für die nächsten Wahlen möglich.

Leider glaube er aber, dass es bei der Meinungsbildung eine grosse Rolle spiele, dass der Vorstoss aus der EVP komme, was er als schade und kurzfristig erachte. Er stelle sich die Frage, wie der Rat entscheiden würde, wenn der Vorstoss aus der FDP oder SVP käme oder wenn FDP- oder SVP-Gemeinderäte von der Regelung betroffen wären. Eine Lockerung der Amtszeitbeschränkung – falls sie vor den nächsten Wahlen umgesetzt würde, was ja offen sei – würde bewirken, dass die Gemeinderätinnen Laura Baumgartner-Angelini (SP) und Paula Schaub-Holt (EVP) noch einmal antreten könnten. Dies dürfe bei den Diskussionen aber nicht ausschlaggebend sein. In der vorangegangenen Legislatur wäre die FDP von einer Lockerung der Amtszeitbeschränkung betroffen gewesen. In einer nachfolgenden Legislatur könnte es auch die SVP sein. Bei einer solchen Diskussion seien immer Parteien direkt betroffen, andere (noch) nicht. Nur Nein zu sagen, weil die SP oder die EVP eventuell davon betroffen sein könnte, sei seiner Meinung nach keine Sachpolitik und sollte heute Abend (hoffentlich) keine Rolle spielen.

Bereits im August 2007 habe er persönlich erste Abklärungen für diesen Vorstoss gemacht. Stadtschreiber Daniel Steiner habe ihm per E-Mail am 6. August 2007 mitgeteilt, dass eine Lockerung der Amtszeitbeschränkung noch vor den Wahlen 2008 nicht mehr umsetzbar sei. Damals hätte eine Lockerung der Amtszeitbeschränkung die FDP mit Gemeinderat Werner Meyer betroffen. Ihm oder der EVP nun parteipolitische Überlegungen unterschieben zu wollen, greife etwas zu kurz.

## ■ Die sachlichen Argumente

Sachliche Argumente, die für eine Lockerung der Amtszeitbeschränkung sprechen:

- Ein Blick auf die Statistik der Berner Gemeinden zeige Erstaunliches. Von den Berner Gemeinden mit Parlamenten sei Langenthal - neben Münsingen - die einzige Gemeinde mit einer Amtszeitbeschränkung von acht Jahren für Exekutivmitglieder. Die Stadt Langenthal sei also eine Exotin in Sachen Amtsdauer. Sogar eine Amtszeitbeschränkung von 3x 4 Jahren, falls diese käme, wäre noch nichts Aussergewöhnliches, da fast die Hälfte aller Parlamentsgemeinden gar keine Amtszeitbeschränkung für Gemeinderatsmitglieder kennen. Auch in Betrachtung aller Gemeinden falle auf, dass knapp 70% der Gemeinden drei oder mehr Legislaturen für ihre Gemeinderäte vorsehen. Diese Statistik spreche für sich.
- Acht Jahre für ein Exekutivamt seien kurz, was vom Stadtpräsidenten auch schon angetönt worden sei. Ein Exekutivpolitiker brauche eine gewisse Zeit, um sich in die Dossiers einzuarbeiten. Am Schluss der Amtszeit gehöre eine gewisse Zeit für Übergabe- und Abschlussarbeiten dazu. Somit würden vielleicht 6, 7 Jahre verbleiben, in denen das Gemeinderatsmitglied Projekte initiieren, begleiten und abschliessen könne. Gerade die Umsetzung grösserer Projekte würde aber oft mehr Zeit als 6, 7 Jahre benötigen. Stadtpräsident Thomas Rufener habe anlässlich der Einweihung der hps Langenthal kürzlich betont, dass die Zahl "10", das heisse 10 Jahre, bei grossen Projekten relativ häufig vorkomme. Bauliche Projekte wie eine Bahnhofumgestaltung oder eine Stadttheatersanierung würden viel Zeit benötigen. Aber auch ganz profane Projekte wie eine Revision der Gebührenordnung seien kaum innerhalb von zwei Legislaturen zu bewerkstelligen.



## Stadtrat

Protokoll der 6. Sitzung vom Montag, 20. September 2010

- Mit einer Lockerung der Amtszeitbeschränkung sollte einem Exekutivmitglied ermöglicht werden, sich länger für das Gemeinwesen zu engagieren. Wer dies möchte, sollte dies auch dürfen. Dabei sei es jederzeit möglich, früher zurückzutreten. In der Vergangenheit habe es schon Gemeinderäte gegeben, die nach 4 Jahren nicht mehr zur Wiederwahl angetreten seien. Demgegenüber sollte es auch möglich sein, dass jemand etwas länger als die bisherigen 8 Jahre im Amt bleibe. Die Motion würde diese Möglichkeit, dieses Recht, eröffnen.

Persönlich sei auch er nicht für eine unbeschränkte Amtszeit, empfinde aber eine Amtsdauer von 10-12 Jahren als ideal. Dabei könne man mit Sicherheit noch nicht von Sesselkleberei sprechen, wie dies in den Medien schon thematisiert worden sei. Zudem könne das Volk als oberste politische Instanz immer korrigierend einwirken, indem es ein Exekutivmitglied abwähle, wenn es in den 8 Amtsjahren nichts Zustande gebracht hätte.

Wie bereits gesagt, könne über die konkrete Ausgestaltung einer gelockerten Amtszeitbeschränkung im Stadtrat zu einem späteren Zeitpunkt diskutiert werden, da es heute lediglich um die Fassung eines Grundsatzentscheidendes gehe.

Zusammengefasst hätte die Lockerung der Amtszeitbeschränkung den Vorteil, dass die Arbeit im Gemeinderat kontinuierlicher und konstanter werden könnte. Es wären weniger personelle Wechsel zu erwarten, und trotzdem wäre ein frühzeitiger Rücktritt jederzeit möglich. Die Motion würde den Gemeinderätinnen und den Gemeinderäten das Recht - nicht aber die Pflicht - einräumen, länger als bisher im Amt zu bleiben, um sich für die Öffentlichkeit zu engagieren und das Gemeinwesen mitzugestalten.

Mit der Unterstützung der Motion werde noch nichts vergeben. Der Stadtrat könnte die rechtlichen Grundlagen und die konkrete Ausgestaltung dieser Lockerung problemlos noch zu einem späteren Zeitpunkt diskutieren, und auch das Volk müsste sich, da es sich um eine Verfassungsänderung handle, darüber befinden. Zudem würde dem Gemeinderat der Auftrag erteilt, die Frage der Amtszeitbeschränkung und der Wiederwählbarkeit innerhalb der anstehenden Regierungs- und Verwaltungsreform anzugehen. Mit einem Ja würden immer noch alle Optionen frei gehalten. Ein Nein zur Motion wäre ein klarer Vorentscheid, dass der Stadtrat eine Lockerung der Amtszeitbeschränkung nicht wolle.

**Roland Christen, SVP-Fraktion:** Erstens werde die SVP-Fraktion Stadtrat Daniel Steiner enttäuschen, da sie seine Meinung nicht teile und dementsprechend nicht die Antwort geben werde, die er erwarte. Zweitens stelle er fest, dass die EVP es selber gewesen sei, die zu den Medien gegangen sei, bevor die Motion im Stadtrat behandelt worden sei, was auch der Grund sei, dass die SVP einen "drauf gelegt" habe. Und Drittens verwende die SVP-Fraktion das offenbar ziehende Schlagwort "Sesselkleber" für ihre These. Die SVP Fraktion lehne die Verlängerung der heute geltenden Amtszeit für die Mitglieder des Gemeinderates von zwei Amtsperioden klar ab.

Die Vorteile der heutigen Regelung seien offensichtlich. Die starke Belastung der nebenamtlichen Gemeinderäten spreche für eine beschränkte Amtszeit von 2x 4 Jahren. Es müsse und sei im Interesse der Stadt Langenthal, dass regelmässige Rotationen in der Exekutive stattfinden, weil damit auch neue Ideen einfließen. Die SVP wolle im Gemeinderat Persönlichkeiten mit einem beruflichen, gesellschaftlichen und privaten Umfeld, die sich während einer bestimmten Zeit in der Führung der Stadt einbringen. Die SVP habe noch nie Probleme gehabt, genügend fähige Interessentinnen und Interessenten zur Wahl in den Gemeinderat vorschlagen zu können, weshalb die SVP-Fraktion diese Motion einstimmig ablehne.

**Fritz Fiechter, SP/GL-Fraktion:** Die SP/GL Fraktion werde der Motion mehrheitlich zustimmen, da sie der Auffassung sei, die Thematik prüfen zu müssen. Der Stadtpräsident habe anlässlich der GPK Sitzung gesagt, dass die Motion Bestandteil der Verwaltungsreform sein werde und, dass diese - wenn sie angenommen würde - vor den nächsten Wahlen umgesetzt würde. Diese Aussage habe die SP/GL Fraktion ermuntert, der Motion zuzustimmen. Die SP/GL-Fraktion finde die Überprüfung auch richtig, weil vor zirka 14 Jahren ein ähnlicher Antrag bereits vorgelegen habe. Welche Änderungen vorgenommen werden sollen oder nicht, lasse sich in der Verwaltungsreform genau bestimmen und habe mit der vorliegenden Motion gar nichts zu tun.



# Stadtrat

Protokoll der 6. Sitzung vom Montag, 20. September 2010

**Patric Opong, FDP/jll-Fraktion:** Die FDP/jll Fraktion sei grossmehrheitlich gegen die Erheblicherklärung der Motion. Ein grosser Teil der Fraktionsmitglieder finde das jetzige System gut, weshalb eine Lockerung der Amtszeitbeschränkung für diese FDP/jll-Fraktionsmitglieder nicht in Frage komme. Für jemanden der im Gemeinderat tätig gewesen sei und sich zu 100% eingesetzt habe, seien 8 Jahre eine lange und intensive Zeit.

Der restliche, kleinere Teil der Fraktion - wozu auch er als Fraktionssprecher sich zähle - sei der Meinung, dass eine Lockerung der Amtszeitbeschränkung auf jeden Fall geprüft werden sollte. Je länger eine Person im Amt sei, desto grösser sei das Wissen. Durch weniger personelle Änderungen würde auch die Arbeit im Gemeinderat konstanter und kontinuierlicher. Wer sich länger als die 8 Jahre im Gemeinderat engagieren möchte - unter Voraussetzung, dass nach 4 Jahren eine Wiederwahl erfolgt - sollte dies auch tun dürfen.

### III Abstimmung:

**Der Stadtrat beschliesst mit 20 Stimmen Ja gegen 17 Stimmen Nein (bei 0 Enthaltungen):**

- 1. Die Motion Steiner Daniel (EVP) und Mitunterzeichnende vom 28. Juni 2010: Lockerung der bestehenden Amtszeitbeschränkung für die Mitglieder des Gemeinderates wird erheblich erklärt.**
- 2. Der Gemeinderat wird mit dem weiteren Vollzug beauftragt.**

---

Protokollauszug an

- Gemeinderat
-



# Stadtrat

Protokoll der 6. Sitzung vom Montag, 20. September 2010

## 5. Mitteilungen des Gemeinderates

-

---

Protokollauszug an

- Gemeinderat
-



## 6. Parlamentarische Fragestunde

### ■ Fragen von **Stadträtin Luzia Bossard (SP)** betreffend **die Buslinie Schoren:**

- a) *Was lief da schief?*
- b) *Wie erklärt man den Bewohner- /innen im Schoren die Änderung hin zu Kursen, die keinen Anschluss an die Interregiozüge bieten?*
- c) *Warum will man gerade die Haltestelle Schorenpintli aufheben, wo doch gerade an diesem Ort viel gebaut wurde und noch wird und dies eigentlich die Mitte des Schorengbietes ausmacht?*
- d) *Was gibt es für brauchbare (baldige) Lösungen?*

### ■ Antworten von **Stadtpräsident Thomas Rufener** zu den Fragen a) - d) von Stadträtin Luzia Bossard (SP):

- a) Busse, die keine Anschlüsse an die IR-Züge bieten, gebe es nicht, wobei aber nicht garantiert werden könne, dass alle Busse Anschlüsse an die IR-Züge bieten. Beim Erstellen des 30-Minuten Taktfahrplans der Busse habe entschieden werden müssen, ob die Richtung Bern oder die Richtung Zürich favorisiert werden soll. Diese Pendelbuslinie führe einerseits nach Schoren und andererseits auch in die Richtung Langenthal Süd. Der Bus fahre in einem Pendelsystem und da er nun mal kein Ballon, sondern ein Bus sei, sei er an die Strassenverhältnisse gebunden und habe seine minutiös ausgeklügelten Fahrzeiten. Deshalb sei es schlichtweg nicht möglich alle Belange abdecken zu können. Im Namen des Gemeinderates werde er persönlich an der Versammlung der IG, welche sich für diese Interessen einsetze, im Oktober teilnehmen und versuchen, diesen Aspekt zu erklären. Im Übrigen würden die Züge am Bahnhof ebenfalls im 30-Minuten-Takt fahren, womit sich unterschiedliche Abfahrtszeiten von zirka 8 oder 9 Minuten in Richtung Bern und in Richtung Zürich ergeben. Wenn man beispielsweise bewirken könnte, dass die Züge alle gleichzeitig in Langenthal halten würden, würde dies das Bussystem wesentlich erleichtern.
- b) Genau die IG Schoren erachte es als unvernünftig, wenn ein Bus nicht an den Bahnhof fahre. Auf diese Anregung habe die RVK reagiert und versuche jetzt den Bahnhof anzufahren. Davon würden nun auch Fahrgäste im Osten und Süden von Langenthal profitieren, weil auch sie so an den Bahnhof gelangen. Damit seien gewisse Leute aber nicht zufrieden, weil man zum Beispiel den Anschluss nach Zürich nicht pünktlich erreiche. Wie bereits erwähnt, seien nicht alle Belange erreichbar.
- c) + d) Im Rahmen des Angebotsbeschlusses seien die Möglichkeit abgecheckt worden. Die RVK habe aber den Dauerauftrag, sich für möglichst gute Verbindungen im Rahmen des Bezahlbaren einzusetzen. Im Übrigen müssen die Anträge via den Kanton Bern vom Kantonsparlament in den Grundsätzen bewilligt sein.

### ■ **Zusatzfrage** von Stadträtin Luzia Bossard:

*Welche Entwicklung des Quartiers wird angestrebt. Sollen hier nur noch neue EinwohnerInnen gewonnen werden, die sich für alle Aktivitäten aufs Auto verlassen?*

#### ■ Antwort von **Stadtpräsident Thomas Rufener** auf die Zusatzfrage:

Wer vom Bus dasselbe wie vom eigenen Auto verlange, müsse sich auf das eigene Auto verlassen. Momentan sei spürbar, dass jeder möchte, dass der Bus möglichst Nahe vor der eigenen Haustüre halte, dass er alle 30 Minuten oder sogar alle 15 Minuten fahre und, dass alle Anschlüsse garantiert sein müssen, was aber nicht bezahlbar sei! Er spreche dabei nicht nur die Linie Schoren, sondern auch die diversen anderen Linien an. Im Übrigen erwähnenswert sei, dass die Haltestellen Eisbahn oder Ochsen nur je 300m von der Haltestelle Pintli entfernt seien. Als er in der Stadt Zürich gewohnt habe, habe er wesentlich länger bis zur nächsten Tramstation laufen müssen.



■ **Frage von Stadtrat Fritz Fiecher (SP) betreffend die Mühle-Überbauung:**

*Wie ist der Stand der Umfrage Mühle-Überbauung und wann werden die Teilnehmer an der Umfrage über das Ergebnis informiert?*

■ **Antwort von Stadtpräsident Thomas Rufener zur Frage von Stadtrat Fritz Fiecher (SP):**

Der Bericht über die Umfrage sei fertig gestellt. Der Gemeinderat habe in einer ersten Lesung Kenntnis davon genommen. Der Gemeinderat wolle den Bericht noch einmal traktandieren und werde im Rahmen dieser zweiten Traktandierung auch Beschluss über die Berichterstattung an den Stadtrat fassen. Der Gemeinderat sei von Seiten der Medien diesbezüglich auch schon angegangen worden. Im Namen des Gemeinderates halte er fest, diesbezüglich noch nichts bekannt gegeben zu haben. Die Mitglieder des Stadtrates (als direkt betroffene Teilnehmende an der Umfrage), würden von ihm im Namen des Gemeinderates und zu gegebener Zeit direkt über das Resultat informiert.

■ **Fragen von Stadtrat Mirko Hegi (JL) betreffend die Sportanlagen/Regionale Sportkonferenz (RSK):**

- a) *Ist im Bereich Sportanlagen mit regionaler Bedeutung (z. B. Kunsteisbahn, Schwimmbad, Schiessanlage etc.) eine regionale Zusammenarbeit analog der Regionalen Kulturkonferenz (RKK) denkbar?*
- b) *Haben Gespräche in diese Richtung stattgefunden und falls ja, mit welchen Resultaten?*
- c) *Wenn bis anhin keine Bestrebungen/Gespräche stattgefunden haben, werden Bestrebungen/ Gespräche in diese Richtung erfolgen?*

■ **Antworten von Stadtpräsident Thomas Rufener zu den Fragen a) - c) von Stadtrat Mirko Hegi (JL):**

- a) Grundsätzlich sei alles denkbar. Aber hier würden - im Vergleich zur RKK, welche über ein Kulturförderungsgesetz verfüge - die rechtlichen Grundlagen fehlen, damit überhaupt auf dem gleichen Niveau diskutiert werden könnte. Eine Diskussion zum heutigen Zeitpunkt würde ein ähnliches Vorgehen verlangen, wie dies beispielsweise von der Kunsteisbahn Burgdorf praktiziert worden sei, welche die Gemeinden um deren Mithilfe angefragt habe. Die eine Gemeinde würde ja, die andere Nein sagen. Aus diesen Einzelteilen müsste dann ein Mosaik erstellt werden.
- b) In diese Richtung seien noch keine Gespräche geführt worden. Die Begründung dazu gehe aus der Antwort der Frage a) heraus.
- c) Die Gründung der Regionalkonferenz stehe bevor. Darin könnte dieses Thema im Rahmen freiwilliger Aktivitäten lanciert und auf einen "anderen Boden" gestellt werden.

■ **Fragen von Stadtrat Mirko Hegi (JL) betreffend die Obere Märitgasse:**

*Meine Motion Wasser in der Marktgasse wurde im Sommer 2008, hauptsächlich mit der Begründung der zeitlichen Verzögerung abgelehnt. Dies ist mittlerweile 2 Jahre her und die Fussgängerzone Märitgasse hat in der Zwischenzeit keine sichtbaren Fortschritte gemacht.*

- a) *Was verursacht die "Blockade" respektive ver-/behindert die weitere Umsetzung?*
- b) *Was hat der Stadtpräsident/Gemeinderat betreffend Obere Märitgasse in den letzten 2 Jahren unternommen/initialisiert/besprochen?*
- c) *Wie sieht der aktuelle Fahrplan aus, das heisst, bis wann kann mit der Realisation gerechnet werden?*

■ **Antworten von Stadtpräsident Thomas Rufener zu den Fragen a) - c) von Stadtrat Mirko Hegi (JL):**

- a) - c) In der Überbauungsordnung habe die Neukonzeption der Beleuchtung überarbeitet werden müssen, da die ursprüngliche Pollerbeleuchtung als ungeeignet beurteilt worden sei. Neue Beleuchtungsstandorte - insbesondere die in privatem Grundeigentum - müssen in der Überbauungsordnung entsprechend vorgesehen sein. Die Überarbeitung sei mittlerweile bis und mit der öffentlichen Auflage für den Bau fortgeschritten.



## Stadtrat

Protokoll der 6. Sitzung vom Montag, 20. September 2010

Der wesentliche Punkt liege darin, dass in der Oberen Marktgasse der Strassenbereich bzw. die Fussgängerzone, die aus dem flachen Bereich bestehe, der früher befahren worden sei, grundeigentümerschaftsmässig der Stadt gehöre, womit es sich flächenmässig aber um den kleineren Teil des ganzen angesprochenen Perimeters handle. Seinerzeit sei von den privaten Anstössern im Rahmen der bestehenden Überbauungsordnung die Zustimmung eingeholt worden. Seit dem 19. November 2009 liege nun von der Stockwerkeigentümerschaft des blauen Hauses ein Brief mit dem Widerruf der Zustimmung vor, weil diese mit gewissen Sachen (Baumstandorte und Blumenrabatte) nicht einverstanden seien. Im Februar 2010 und später hätten Besprechungen zur Lösungssuche stattgefunden. Leider liege seit dem 12. Juli 2010 noch ein Brief vor, worin das in der Überbauungsordnung vorgeschriebene und grundsätzlich einmal als richtig erachtete Vorhaben abgelehnt werde.

In der Unteren Märitgasse sei die Zustimmung aller Anstösser in relativ kurzer Zeit erfolgt, weil diese die Verbreiterung des Trottoirs als gute Sache empfunden haben.

Der Gemeinderat habe die Problematik beraten und festgelegt, den Grundeigentümern einen Brief zu schicken, worin sie (mit Ansetzung einer Frist) aufgefordert werden sich zu äussern, ob sie eine Lösung entsprechend der geltenden Überbauungsordnung wollen. Wenn diese Aufforderung zu einem weiteren Schritt führe, werde entsprechend weitergearbeitet.

■ **Fragen von Stadtrat Mirko Hegi (JL) betreffend E-Billing (elektronische Rechnungsstellung der Stadt):**

*Die Stadt verfügt über eine Homepage mit einem Onlineschalter. Doch die Möglichkeit einer elektronischen Rechnungsstellung besteht weder bei der Stadt noch bei der stadtnahen IBL (inkl. Quickline).*

- a) *Hat die Stadt den Einsatz der elektronischen Rechnungsstellung geprüft?*
- b) *Wenn ja, wieso gibt es diese Möglichkeit bei der Stadt/IBL nicht?*
- c) *Wenn nein, wieso wurde der Einsatz der elektronischen Rechnungsstellung nicht geprüft?*
- d) *Wird die Prüfung des Einsatzes der elektronischen Rechnungsstellung auf die Agenda gesetzt respektive in den nächsten Monaten erfolgen?*

■ **Antworten von Stadtpräsident Thomas Rufener, zu den Fragen a) - d) von Stadtrat Mirko Hegi (JL):**

- a) - d) Für die IBL könne er keine Antworten liefern.

Die Stadt habe bis anhin kein Bedürfnis für ein elektronisches Rechnungssystem gespürt. Dementsprechend sei diesbezüglich keine Prüfung erfolgt. Im Übrigen müsste auch klar definiert werden, was alles darunter zu verstehen sei (papierlose Rechnungsstellung oder direkt über eine Kreditkarte laufende Zahlung etc.). Da jemand mit einem geordneten Rechnungssystem ohnehin alle Rechnungen zur Ablage ausdrücke, mache ein Versand in Papierform nach wie vor Sinn.

■ **Fragen von Stadtrat Fritz Fiechter (SP) betreffend den Schülerabholdienst und die Schularealordnung:**

- a) *Welche Massnahmen sind geplant, um den Schülerabholdienst bei den Schulhäusern einzudämmen?*
- b) *Wie lange geht es noch, bis die Arealordnung bei den Schulanlagen umgesetzt wird?*

■ **Antworten von Gemeinderätin Laura Baumgartner-Angelini zu den Fragen a) + b) von Stadtrat Fritz Fiechter (SP):**

- a) Das Problem existiere schon seit Jahren und nicht nur in Langenthal. Ein erfolgversprechendes Rezept habe noch niemand gefunden. Stadtrat und Rektor der Schulleiterkonferenz, Armin Flükiger, habe bereits in den Jahren 2005 und 2006 auf diese Problematik hingewiesen und dem Thema ein ganzes Schulblatt unter dem Titel: "Gehst du schon in die Schule? Nein ich werde gefahren" gewidmet.



## Stadtrat

Protokoll der 6. Sitzung vom Montag, 20. September 2010

Im laufenden Schuljahr 2010/2011 sei die Durchführung einer Aktion sowie der Versand eines Informationsschreibens an die Eltern geplant. In diesem Sinne werde weiterhin Überzeugungsarbeit geleistet. In Zusammenarbeit mit lokalen Medienverantwortlichen sei geplant, die Eltern zu sensibilisieren ihre Kinder den Schulweg und die damit verbundenen Erfahrungen machen zu lassen.

Gegenwärtig würden wegen den Tagesschulangeboten (ab diesem Schuljahr) die Kinder vermehrt wieder abgeholt werden müssen, weil sie das Angebot nicht am Schulort wahrnehmen können (zu kleine Lokalitäten). Transporte erfolgen beispielsweise vom Kreuzfeld oder vom Hard in die Ringstrasse. Mit der Schulraumplanung könnte dieser Bereich bereinigt werden, indem rechtzeitig die richtigen Lokalitäten geschaffen und vorgesehen werden.

- b) Der Gemeinderat habe den ersten Vorschlag der Arealordnung am 16. Juni 2010 mangels Übereinstimmung mit der *Verordnung über die Benützung von städtischen Turnhallen und Sportanlagen* zur Überarbeitung zurückgewiesen. Momentan werde die Arealordnung bereinigt, damit diese als Verfügung über alle Schulareale verwendet werden könne.

■ **Zusatzfrage** von Stadtrat Fritz Fiechter:

*Wann kann mit der Inkraftsetzung der Verfügung über alle Schulareale gerechnet werden?*

- Antwort von **Gemeinderätin Laura Baumgartner-Angelini** auf die Zusatzfrage:

Dadurch, dass am heutigen Abend die Ressourcen für das neue Amt für Bildung, Kultur und Sport (Traktandum Nr. 1) gesprochen worden sei, werde das Verfahren vielleicht etwas beschleunigt... Das Geschäft befinde sich zur Zeit im Fachbereich Bildung, welcher anderen Projekten (wie beispielsweise das Bildungsamt, ICT4-Kids, Schulraumplanung) den Vorrang habe geben müssen. Ein genaues Datum könne jedoch nicht genannt werden.

■ **Frage** von **Stadtrat Fritz Fiechter (SP)** betreffend das **Verkehrsregime Schorenstrasse/Schulhausstrasse:**

*Ist an der Schorenstrasse/Schulhausstrasse ein Verkehrsregime (Tempo30 oder Begegnungszone) geplant, nachdem auch das HPS-Schulhaus an der Schorenstrasse eröffnet hat?*

- **Antwort** von **Gemeinderat Rolf Baer** zur Frage von Stadtrat Fritz Fiechter (SP):

Wie bereits anlässlich der Parlamentarischen Fragestunde am 10. Mai 2010 erwähnt, sei um das Areal Kreuzfeld (Schoenstrasse/Schulhausstrasse) eine Tempo-30-Zone geplant, welche in absehbarer Zeit umgesetzt werde. Der Gemeinderat habe im Übrigen im Februar 2010 beschlossen, bei der Umsetzung von Tempo-30-Zonen die Schulwege und die Gebiete rund um die Schul- und Alterszentren zu priorisieren.

■ **Frage** von **Stadtrat Fritz Fiechter (SP)** betreffend **Massnahmen gegen unerwünschte Personen auf den Schularealen:**

*Auf den Schularealen Kreuzfeld, Elzmatte und Hard hat es sehr viele dunkle Ecken, die gerne der Ansammlung unerwünschter Personen auf dem Areal dienen. Welche Massnahmen werden eingeleitet und sind Schockbeleuchtungen geplant?*

- **Antwort** von **Gemeinderat Rolf Baer** zur Frage von Stadtrat Fritz Fiechter (SP):

Die Qualifizierung "unerwünschter" Personen erachte er als interessant, da vermutlich nicht alle das gleiche unter diesem Begriff verstehen. Im Rahmen der Patrouillentätigkeit der Kantonspolizei und der Securitas würden diese Gebiete immer - innerhalb der Möglichkeiten der vorhandenen Ressourcen - überwacht. Wenn nötig würden Personen angehalten, überprüft und gegebenenfalls verzeigt. Konkrete Klagen würden momentan weder beim Amt für öffentliche Sicherheit noch bei der Kantonspolizei vorliegen. Zur Zeit - Gemeinderätin Laura Baumgartner-Angelinie habe es bereits erwähnt - werde vom Fachbereich Bildung eine Campusordnung ausgearbeitet. Der Gemeinderat verspreche sich davon eine klare Regelung der Situation ausserhalb der Schulzeiten.



# Stadtrat

Protokoll der 6. Sitzung vom Montag, 20. September 2010

So genannte Schockbeleuchtungen seien momentan keine geplant. Am 23. September 2010 werde die erste Sitzung der Arbeitsgruppe, die den Auftrag habe gegen die Szenenbildung vorzugehen, stattfinden, worin das Problem behandelt werde. Dem Gemeinderat werden dann entsprechend präventive und auch repressive Massnahmen vorgeschlagen.

- **Frage von Stadtrat Fritz Fiechter (SP)** betreffend die **gesetzlichen Grundlagen für die unentgeltliche Benutzung der Parkplätze bei Schulhäusern:**

*Auf Grund welcher gesetzlicher Grundlagen dürfen die Parkplätze bei den Schulhäusern unentgeltlich benutzt werden?*

- **Antwort von Gemeinderat Rolf Baer** zur Frage von Stadtrat Fritz Fiechter (SP):

Die Parkplätze der Schulareale würden bis anhin nicht bewirtschaftet. Gemäss Gemeinderatsbeschluss vom 18. August 1999 seien die Parkplätze auf den Schularealen als nicht öffentliche Betriebsparkplätze bezeichnet. Dieser Beschluss sei bisher nicht aufgehoben worden. Das gleiche gelte übrigens auch für die unterirdische Parkanlage im Verwaltungszentrum an der Jurastrasse 22.

- **Frage von Stadträtin Helena Morgenthaler (SVP)** betreffend **Veranstaltungen in den Sportanlagen/Alkoholausschank:**

*Wenn anlässlich sportlicher Veranstaltungen in den Sportanlagen der Stadt Langenthal Restaurationsbetriebe mit gastgewerblichen Einzelbewilligungen verbunden mit bewilligtem Alkoholausschank betrieben werden, ist dies in Ordnung. Immer wieder kommt es aber vor, dass in den Garderoben und Gängen der Sportanlagen Alkohol konsumiert wird und, dass dies dann auch gebührend übertrieben wird. In den entsprechenden Weisungen ist der Alkoholkonsum in diesen Räumlichkeiten ganz klar verboten und auch genau definiert, wo Alkohol getrunken werden darf.*

*Was gedenkt die Stadt gegen diese Verfehlungen zu unternehmen?*

- **Antwort von Gemeinderat Rolf Baer** zur Frage von Stadträtin Helena Morgenthaler (SVP):

Der Konsum von Alkohol innerhalb der städtischen Sportanlagen werde in der Regel nicht durch das Amt für öffentliche Sicherheit oder der Kantonspolizei überprüft. Ausgenommen seien Anlässe mit vorliegenden Einzelbewilligungen. Diese würden von der Kantonspolizei und auch vom Amt für öffentliche Sicherheit gezielt überprüft. Die ordentliche Kontrolle gemäss den Nutzungsvereinbarungen/Mietverträgen, liege bei der Liegenschaftsabteilung (Stadtbauamt). Selbstverständlich könne auf Verlangen und wenn strafrechtlich Relevantes passiere, die Kantonspolizei angefordert werden. Nur die Kantonspolizei habe die notwendigen gerichtspolizeilichen Kompetenzen.

- **Fragen von Stadträtin Beatrice Greber (SP)** betreffend die **Kontrolle von Jugendgruppen:**

*Es gibt auch in den kühleren und dunkleren Monaten immer wieder Jugendgruppen, die ihre Sinne durch Kiffen und Alkohol verändern wollen bis sie die Realität nicht mehr richtig wahrnehmen. Die Folgen kennen wir. Die Standorte dieser Gruppen verändern sich, irgendwo sind sie aber da. Oft werden Anwohner durch ihre Anwesenheit sehr gestört und in dunkleren Monaten wird dadurch auch viel Angst ausgelöst.*

- a) Was unternimmt der Gemeinderat um diese Gruppen zu kontrollieren?*
- b) Werden die Schulareale regelmässig überwacht?*
- c) Müssen die Anwohner diese Gruppen dulden und wie erhalten sie Unterstützung?*
- d) Wie erfolgt die dringende Prävention, denn vorbeugen ist besser als heilen?*



■ **Antworten von Gemeinderat Rolf Baer** zu den Fragen a) - d) von Stadträtin Beatrice Greber (SP):

- a) Die Kontrolle und Überwachung dieser Gruppierungen auf dem ganzen Stadtgebiet sei eine polizeiliche Präventionsaufgabe, die im Rahmen des Ressourcenvertrages bei der Kantonspolizei eingekauft werde. Zusätzlich und seit einem Jahr setze das Amt für öffentliche Sicherheit Securitas-Patrouillen (teilweise Patrouillen mit Hund) ein. Die eingekauften Patrouillenstunden bei der Kantonspolizei seien auch in jedem Reporting mit der Kantonspolizei ein Thema.
- b) Die Überwachung der Schulhausareale sei ein Schwerpunkt der Patrouillentätigkeit - allerdings immer im Rahmen der beschränkt vorhandenen und politisch durchgesetzten Ressourcen. Diesbezüglich gelte es sich an den Vorfall in Biel zu erinnern, als ein einzelner Bewaffneter rund 200 interkantonale Elitepolizisten während einer ganzen Woche beschäftigt habe.
- c) In Bezug auf die Schulhausareale verspreche sich der Gemeinderat mit der Campusordnung eine Verbesserung, weil damit die Patrouillen gemäss der Regelung kontrollieren können. Der Gemeinderat erwarte aber von den Anwohnerinnen und Anwohnern auch, dass sie die Polizei gegebenenfalls alarmieren. Auch sei der Gemeinderat der Meinung, wenn das Mass der normalen Rücksicht überschritten werde oder strafbare Handlungen passieren, dass Anzeige erstattet wird. Während der Nacht und an den Wochenenden finde eine intensivere Patrouillentätigkeit statt.
- d) Zu den präventiven Massnahmen gehöre die aufsuchende Jugendarbeit und die beharrliche Erziehungsarbeit der Schulen und vor allem die der Eltern. Auch die Kontrolle und Überwachung durch die oben genannten Organe sowie Zivilcourage aller verantwortungsbewusster Bürgerinnen und Bürger gehöre dazu. Ein Scheitern sei meistens mit den Seeligkeitserwartungen im Kopf verbunden. Man lebe heute in einer offenen, freien Gesellschaft, was einen bestimmten Preis habe. In dieser Gesellschaft gelte es das best Mögliche mit den vorhandenen Möglichkeiten zu machen.

■ **Fragen von Stadtrat Fritz Fiechter (SP)** betreffend den **Spielplatz Musterplatz/Kugelfang**:

*Der Spielplatz auf dem Musterplatz (Kugelfang) ist immer noch in einem nicht akzeptablen Zustand.*

- a) *Wann wird die Sanierung vorgenommen und ein neuer Spielplatz gestaltet?*
- b) *Was ist mit den Geldern der Anzeiger-Ausschüttung geschehen?*

■ **Antworten von Gemeinderätin Christine Bobst** zu den Fragen a) + b) von Stadtrat Fritz Fiechter (SP):

- a) Ende letztes Jahr sei das Kinderspielplatz-Konzept vom Gemeinderat verabschiedet worden. Der Gemeinderat habe gleichzeitig eine von einem Fachmann begleitete Projektgruppe ins Leben gerufen. Die Projektgruppe bestehe nebst zwei Anwohnerinnen (Quartier beim Tierpark) und einem Mitglied des Verschönerungsvereins (Bewirtschafter des Tierparks) aus zwei Personen des Elternvereins und aus Mitgliedern der Stadtratsfraktionen (FDP/jll-Fraktion = Florinda Wallkamm-Mauricio; SVP-Fraktion = Roberto Di Nino; EVP/glp-Fraktion = Michèle Rentsch-Ryf; SP/GL-Fraktion = Nathalie Scheibli). Die Projektgruppe habe bereits drei Sitzungen abgehalten und eine weitere geplant. Es sei vorgesehen, dem Gemeinderat das Geschäft noch in diesem Jahr vorzulegen, damit über das weitere Vorgehen befunden werden könne.
- b) Die für die Erweiterung und Aufwertung der Kinderspielplätze reservierten Fr. 313'700.00 Anzeiger-Ausschüttungsgelder seien noch nicht verwendet worden. Der Gemeinderat wolle aber den Tierpark - unter Anderem wegen seiner regionalen Ausstrahlung - prioritär behandeln.



■ **Frage von Stadtrat Fritz Fiechter (SP) betreffend Strassen- und Gehwegbeleuchtungen/Solarpanel:**

*Sind beim Ersatz der Strassen- und Gehwegbeleuchtungen auch Lampen mit einem Solarpanel vorgesehen? Wenn Nein, warum wurde diese Version nicht geprüft?*

■ **Antwort von Gemeinderätin Christine Bobst zur Frage von Stadtrat Fritz Fiechter (SP):**

Der Einsatz von Solarpanels sei nicht vorgesehen. Eine diesbezügliche Prüfung habe aber bereits vor anderthalb Jahren stattgefunden. Die in Zusammenarbeit mit den Industriellen Betrieben (IBL) und dem Amt für öffentliche Sicherheit erfolgte Prüfung habe zum Schluss geführt, dass die Installation von Solarpanels nicht sinnvoll sei, weil die Beleuchtungsstärke in unseren Breitengraden nicht konstant gehalten werden könnte. Die Anforderungen und Richtlinien an die Strassenbeleuchtung könnten damit nicht erfüllt werden.

**Anschlussbemerkung von Stadtrat Fritz Fiechter (SP):** Die Gemeinde Hägendorf beleuchte bereits heute verschiedene Gehwege und Trottoirs mit Solar-Strassenleuchten der Firma megasol solartechnik, Aarwangen<sup>1</sup>. Die vom Gemeinderat bzw. der IBL gelieferte Argumentation halte er für falsch, da die IBL schliesslich am Verkauf von Strom und nicht an Solarenergie interessiert seien.

**Gemeinderätin Christine Bobst** weist Stadtrat Fritz Fiechter darauf hin, dass die IBL am Bau der grössten Solaranlage der Schweiz in Melchnau<sup>2</sup> beteiligt sei und diese unterstütze, was das Interesse der IBL an Solarenergie zeige.

■ **Fragen von Stadträtin Luzia Bossard (GL) betreffend das Biotop Hard:**

*Das Biotop Hard muss den neu entstehenden Tennisplätzen weichen.*

- a) *Besteht ein Konzept für solche Fälle - im Sinne der Erhaltung von besonderem Lebensraum und der Biodiversität?*
- b) *Hat der Gemeinderat sich schon für einen Ersatz-Standort entschieden? Wenn ja, für welchen?*

■ **Antworten von Gemeinderätin Christine Bobst zu den Fragen a) + b) von Stadträtin Luzia Bossard (GL):**

a) + b) Obwohl kein Konzept für solche Fälle vorliege, sei darauf reagiert worden. Die Umwelt- und Energiekommission habe das Geschäft (Ersatzstandort nicht weit vom jetzigen Standort im Bereich Burrigrube) bereits vorberaten. Die abschliessende Beratung im Gemeinderat sei noch nicht erfolgt. Ob das Ja des Gemeinderates und der Anwohner dazu erfolge, sei noch offen. Auch die Art und Weise des Ersatzes stehe noch nicht fest.

---

Protokollauszug an

- Gemeinderat
- 

---

<sup>1</sup> [http://www.megasol.ch/welcome\\_html/de](http://www.megasol.ch/welcome_html/de)

<sup>2</sup> [http://www.ewb.ch/de/uploads/media/pve\\_flyerA5\\_melchnau.pdf](http://www.ewb.ch/de/uploads/media/pve_flyerA5_melchnau.pdf)



## Stadtrat

Protokoll der 6. Sitzung vom Montag, 20. September 2010

### 7 A. Eingereichtes Postulat Stäger Christoph (glp) und Mitunterzeichnende vom 20. September 2010: Optimierung der Strassenkennzeichnung in Langenthal

Postulatstext:

#### ***"Optimierung der Strassenkennzeichnung in Langenthal***

*Der Gemeinderat wird gebeten zu prüfen, ob die Strassenkennzeichnung in Langenthal optimiert werden kann im Sinne von zusätzlichen Strassennamenschildern an Kreuzungen, bzw. deren optimierter Platzierung.*

*Begründung:*

*Die Orientierung in Langenthal ist nicht nur für Auswärtige oft schwierig. Einerseits sind die Strassenverläufe teilweise kompliziert, andererseits fehlen an vielen Kreuzungen namentlich in den Quartieren Strassenbezeichnungen. An gewissen Kreuzungen sind die Strassennamenschilder entweder nicht optimal sichtbar oder unlogisch platziert (Beispiel Kreuzung Ringstrasse/Bleichestrasse: Das Schild für die Bleichestrasse ist an der Ringstrasse angebracht).*

*Eine bessere Strassenkennzeichnung könnte insbesondere für Auswärtige die Adresssuche erleichtern und damit viel Ärger und Suchverkehr vermeiden. Das Erscheinungsbild der Stadt würde damit sicher gewinnen."*

*Christoph Stäger und Mitunterzeichnende*

---

Die Beantwortung des Postulats erfolgt spätestens an der übernächsten Sitzung des Stadtrates

---

---

Protokollauszug an

■ Gemeinderat

---



## 7 B. Eingereichte Interpellation Fiechter Fritz (SP) und Mitunterzeichnende vom 20. September 2010 betreffend die Terminplanung von Investitionen

Interpellationstext:

### ***"Interpellation Investitionen 2011 und folgende Jahre***

*Wir wünschen Auskunft resp. eine Terminplanung über die folgenden Investitionen 2011 und folgende Jahre. Diese Auskunft muss die ganze Planung (z.Bsp. Projekt-Planung, Genehmigung durch die Kommissionen, Gemeinderat, Stadtrat, Volksabstimmung, Ausführungsbeginn/-Ende sowie die Abrechnung) der nachfolgenden Investitionen enthalten:*

- 1.01 Strassenlärmsanierungen
- 1.04.7 Entwicklungsgebiet Bahnhof
- 1.05.1 Volksschule Langenthal
- 2.01 Grossflächenrasenmäher für Stadtgärtnerei
- 3.02 Umgestaltung Wuhrplatz
- 3.03.2 Kreisel Thunstettenstrasse
- 3.07 Sanierung Haldenstrasse
- 3.19 Parkplatz Wuhr
- 3.27 Parkplatz Wuhr; Parkinformationssystem
- 3.28 Strassenunterhalt
- 4.01.1 Schulzentrum Kreuzfed
- 4.03.3 Schulzentrum III "Elzmatte"
- 4.04.3 Verwaltungszentrum, Bürgerschalter
- 4.08 Kindergarten "Bäregg 1"
- 4.13 3-fach Sporthalle "Hard"; Sanierung/Erweiterung
- 4.16 Bahnhofstrasse 11 (Museum)
- 4.17 Tagesstätte Anbau Krippe
- 4.20.1 Mühleareal; Mühlesilo
- 5.01 Krematorium
- 5.02 Sportstadion "Hard"; Betriebsgebäude
- 8.11 Murgenthalstrasse, Ausbau Kanalisation

"

*Fritz Fiechter und Mitunterzeichnende*

---

Die Beantwortung der Interpellation erfolgt spätestens an der übernächsten Sitzung des Stadtrates

---



# Stadtrat

Protokoll der 6. Sitzung vom Montag, 20. September 2010

---

Protokollauszug an

- Gemeinderat
-



## 7 C. Eingereichte Interpellation Greber Beatrice (SP) und Mitunterzeichnende vom 20. September 2010 betreffend die Behindertengerechtigkeit von Pflastersteinen

Interpellationstext:

### ***"Sind Pflastersteine behindertengerecht?"***

*Langenthal bemüht sich sehr eine behindertenfreundliche Stadt zu sein. Doch die Pflastersteine in der Ortsmitte erschweren, oder verunmöglichen manchen Behinderten das Flanieren in unserer Stadt.*

*Unseren behinderten Mitbürgern gegenüber schulden wir, uns bewusst werden zu lassen, dass RollstuhlfahrerInnen auf den Pflastersteinen oft schmerzhaft durchgeschüttelt werden. «Noch zu Hause hält das Vibrieren längere Zeit schmerzhaft an», meldeten mir schon mehrere Rollstuhlfahrer. Die Pflastersteine sind auch für ältere Menschen mit ihrem Rollator (Gehhilfe) eine Zumutung. Oft versuchen sie deshalb die gepflästerte Ortsmitte zu meiden. Wollen wir das?*

- *Ist sich der Gemeinderat dieser Problematik bewusst?*
- *Wurden schon Möglichkeiten geprüft, wie die Oberflächen bei Pflästerungen glatt gehalten werden können?*
- *Könnte «ein Streifen mit glatter Oberfläche» den Behinderten im Rollstuhl Erleichterung bringen, ohne das Bild der gepflästerten Ortsmitte wesentlich zu beeinflussen?"*

*Beatrice Greber und Mitunterzeichnende*

---

Die Beantwortung der Interpellation erfolgt spätestens an der übernächsten Sitzung des Stadtrates

---

---

Protokollauszug an

- Gemeinderat
-



## 8. In eigener Sache

### ■ Stadtratsanlass 2010 organisiert vom Stadtratspräsidenten Christoph Kuert

**Stadtratspräsident Christoph Kuert:** Im Rahmen der Möglichkeit als Stadtratspräsident einen Stadtratsanlass durchführen zu können, habe er am Montag, 15. November 2010, einen Vortragsabend am Spital mit dem Thema "die Zukunft unseres Spitals" organisiert. Der Vortrag liefere auch Informationen über den geplanten Neubau des Operationstraktes des Spitals, wofür der Erlass einer entsprechenden Überbauungsordnung notwendig sei, über die der Stadtrat voraussichtlich gegen Ende Jahr zu befinden habe. Die Detailinformationen (Beginn, Ablauf, Programm) liefere er zu gegebener Zeit via Mailzustellung.

### ■ Bundesratswahl am 22. September 2010<sup>1</sup>

Aufgrund der Bundesratskandidatur von Herrn Johann Niklaus Schneider-Ammann sei für eine spannende Zeit gesorgt. Er hoffe, dass die Langenthaler am nächsten Mittwoch Grund zum Feiern haben werden und die Bernerinnen und Berner künftig sogar zwei Sitze im Bundesrat inne haben werden.

---

Protokollauszug an

- Gemeinderat
- 

---

<sup>1</sup> <http://www.admin.ch/br/aktuell/00254/index.html?lang=de>

Bundesratswahlen am Mittwoch, 22. September 2010 mit zwei bernischen Kandidaten:

- Simonetta Sommaruga (SP) für den per 31. Oktober 2010 zurücktretenden Bundesrat Moritz Leuenberger (SP)
- Johann Niklaus Schneider-Ammann (FDP) für den per 31. Oktober 2010 zurücktretenden Bundesrat Hans-Rudolf Merz (FDP)